



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 64 Juni/1 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.



Ein Artikel von: Tobias Riegel, 24. Mai 2023 um 9:19
Titelbild: Andrii Yalanskyi/ Shutterstock

Thomas Haldenwang – Präsident des Bundesverfassungsschutzes (BfV) – kommen beim Thema Sabotage unserer Infrastruktur wohl nicht zuerst die USA in den Sinn. Und wer russische Sicherheitsinteressen thematisiert, der kann in Verdacht geraten, dass er «Putins Lied» singt und indirekt «die Demokratie» destabilisiert. Das alles ist eigentlich selbstentlarvend, aber es wird trotzdem von Medien genutzt werden, um anhand des «Siegels» des Verfassungsschutzes gegen Andersdenkende vorzugehen. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

BfV-Präsident Thomas Haldenwang hat bei einem kürzlichen Symposium seiner Behörde in Berlin und in Interviews vor russischen und chinesischen Sabotageakten und entsprechender Propaganda gewarnt, wie Medien berichten. Dass vielerorts «Putins Lied» gesungen werde, liege auch an der AfD. Deutschland habe sicherlich eine der «stabilsten Demokratien der Welt», so Haldenwang, aber: Man sehe Angriffe auf diese Demokratie – «von verschiedenen Seiten, von innen und von aussen». Russland versuche auf vielen Ebenen, «das demokratische System in Deutschland zu destabilisieren»: Etwa werde «die Erzählung» verbreitet, dass der Kreml den Krieg gegen die Ukraine auch deshalb führe, weil die eigenen Sicherheitsinteressen durch den Westen verletzt worden seien, zitiert die «Tagesschau».

Die Vorgeschichte des Krieges als «Erzählung»? Auch das Verbot russischer Medien, also direkte Zensur, scheint für den Schützer immerhin der Verfassung einer angemessenen Skandalisierung nicht wert zu sein – bedauert wird eher, dass es nicht wirksam sei. Es gebe trotz des Verbots, etwa vonseiten der AfD, «gute Kanäle auch in weite Bevölkerungskreise hinein». Zur AfD sagte Haldenwang ausserdem im ARD-Morgenmagazin: «Indem auch aus Teilen der Partei heraus russische Narrative weitergegeben, weitergesteuert werden, trägt das dazu bei, dass Rechtsextremismus in Deutschland expandieren kann und auch in diesen Kreisen dann eben Putins Lied gesungen wird.»

«Russische Narrative», die ausgerechnet den Rechtsextremismus «expandieren» lassen? Ausserdem klingt die Beschreibung, als würden die Bürger gegen ihren Willen an einem russischen Tropf hängen – als sei das überhaupt nötig, um kritisch gegenüber der Regierungspolitik eingestellt zu sein: Als würde sich diese Politik nicht von ganz alleine demaskieren, auf mindestens den Ebenen Sanktionen, Diplomatie, Wirtschaftspolitik, soziale Fragen. Einmal mehr: Kritik daran soll in die rechtsextreme Ecke gestellt werden.

Empörend: Kritische Bürger, die auf die zum Verständnis essenzielle Vorgeschichte des Ukrainekrieges hinweisen, werden von einem hohen Repräsentanten indirekt als Verfassungsfeinde und/oder nützliche Idioten Russlands abgestempelt, die (wie hypnotisiert) «Putins Lied» singen. Diese Interpretationen sind scharf zurückzuweisen. Und wo bleibt die Thematisierung der massiven «Informationspolitik» zur Verteidigung von US-Interessen hierzulande, die die russischen Propaganda-Aktivitäten weit in den Schatten stellt?

Aber da viele Meinungsmacher mittlerweile die Bundesregierung mit «der Demokratie» gleichsetzen, stellen sie Kritik an der Regierung folgerichtig als «demokratiefeindlich» dar. In diesem anmassenden Akt werden sie nun indirekt vom Verfassungsschutz bestärkt – einmal mehr: Bereits im Verfassungsschutzbericht 2021 wurde erstmals ein neu eingerichtetes Beobachtungsobjekt aufgeführt, mit dem Titel «Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates», das zumindest «Teile der Coronaleugner- und Querdenker-Szene» umfasse, so Medien. Im Statement zum letztjährigen Symposium heisst es zu diesem «Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates»: «Er ist eine notwendige Reaktion auf neue Kräfte, die Verfassungsgrundsätze ausser Geltung setzen wollen, unseren Rechtsstaat durch Schmähungen massiv diskreditieren und danach trachten, seine Funktionsfähigkeit zu unterminieren.»

In der Stellungnahme zum aktuellen Symposium heisst es zwar einerseits treffend: «Digitaler Aktivismus in den Protestarenen des Internets, politische Polarisierung und radikal-aggressive Rhetorik entfalten allein noch keine Verfassungsschutz-Relevanz.» Andererseits: «Aber wir erkennen nachweislich auch im Delegitimierungs-Spektrum Bestrebungen, die extremistisch agieren und zum Teil die Verbindung mit Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Selbstverwaltern eingehen.» Wie zum Beweis wurden gerade neue Verhaftungen im «Reichsbürger-Milieu» vermeldet. Dass es in diesem «Milieu» fragwürdige Tendenzen gibt, soll hier nicht bestritten werden, aber steht ihre Relevanz im Verhältnis zur Aufmerksamkeit?

Haltet den Dieb!

Auch die Argumentation, dass selbst vernünftige Standpunkte «rechtsradikal» sind, nur weil die AfD ihnen zustimmt, wird momentan vielerorts aufgewärmt, denn sie ist immer noch wirkungsvoll, um Gegenmeinungen zu diskreditieren. Ausserdem kann die AfD die Bühne des «Pazifismus» vor allem darum nutzen, weil sich weite Teile von SPD und LINKE davon in verstörender Weise verabschiedet haben. Diese Politiker und die sie stützenden Journalisten sollten sich angesichts aktueller Umfragen einmal mehr selber die Frage stellen, warum die AfD so stark wird.

Gänzlich absurd werden die Äusserungen des Verfassungsschutzchefs, wenn es zum Thema Sabotage der Infrastruktur kommt: Angesichts des Terroraktes gegen die Nord-Stream-Pipelines und der beim jetzigen Wissensstand noch immer naheliegenden Urheberchaft von US-Seite erscheinen die intensiven Warnungen vor russischer Sabotage doch als sehr durchschaubare Praxis des Prinzips: «Haltet den Dieb!» Der

Verfassungsschutz ist ein Inlandsgeheimdienst – aber wenn die Gefahr ausländischer Sabotage schon thematisiert wird, dann doch auch in Hinblick auf mutmassliche Hauptakteure.

Auch wenn man die Äusserungen des Verfassungsschutzchefs zum Abwinken empfindet: Sie werden mutmasslich trotzdem Wirkung über den Tag hinaus entfalten. Einmal mehr können sich Meinungsmacher grosser Medien und grüne Kriegstreiber nun darauf berufen, dass Kritik am Kriegskurs «offiziell» als rechtsradikal und demokratiefeindlich abgestempelt wurde. Die Dienst- und Fachaufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz übt das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) aus. Weitere (Eigen-) Informationen zu Weisung und Kontrolle finden sich hier. Dass Haldenwangs Zitate auch wegen ihrer Nutzbarkeit für die «eigene Sache» keine angemessene Hinterfragung durch Journalisten grosser Medien erfahren werden, versteht sich heutzutage leider von selbst.

Was ist das für ein Geheimdienst, der solche weltfremden Analysen fertigt? Man kann nur hoffen, dass das Symposium eine Veranstaltung für das Publikum war und dass hinter den Kulissen die Lagen realistischer eingeschätzt werden.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=98282>

Ukrainischer General: Ukraine plant Ermordung von Wladimir Putin und Jewgeni Prigoschin

24 Mai 2023 21:26 Uhr

In einem Interview mit der italienischen Zeitung «La Repubblica» räumte der stellvertretende Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes GUR General Skibitskij ein, dass es eine Liste russischer Persönlichkeiten gebe, auf die der GUR Anschläge plant. Auch die gezielte Tötung von Zivilisten sei kein Tabu.

In einem Interview mit der italienischen «La Repubblica» hat der ukrainische General Wadim Skibitskij, der nach Aussagen der Publikation «zweitmächtigste» Mann im ukrainischen Militärgeheimdienst GUR, erklärt, die Ukraine plane Attentate auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Gründer der «Wagner»-Gruppe, Jewgeni Prigoschin.

Skibitskij antwortete auf die Frage, welche Beziehung er zu Prigoschin habe:

«Wir versuchen, ihn zu töten.»

Daraufhin wurde Skibitskij gefragt, wer «ganz oben auf der Liste» – gemeint offenbar eine Liste potenzieller Anschlagsoffer des GUR – stehe. Skibitskij dazu:

«Putin, denn er koordiniert und entscheidet, was passiert. Letztendlich wird sich aber jeder für seine Taten verantworten müssen. Generalstabschef Waleri Gerassimow und Verteidigungsminister Sergei Schoigu haben den Angriff geplant und können jetzt nicht mehr zurück. Der Tschetschene Ramsan Kadyrow war in den ersten Monaten überall zu sehen, aber wo steckt er jetzt? Er hat begriffen, dass das Putin-Regime strategisch bereits verloren hat. Doch das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange; da sind auch noch Sergei Surowikin und die russischen Kommandeure, die dazukamen und dachten, sie würden an einer Parade teilnehmen.»

Der Journalist fragte anschliessend, ob es für den GUR eine Grenze gebe und ob etwa auch Zivilisten als Anschlagssziele infrage kämen: «Kann auch ein Zivilist getötet werden? Ein Oligarch? Ein Propagandist?»

Darauf der General:

«Wir befinden uns im Krieg und das sind unsere Feinde. Wenn eine wichtige Persönlichkeit für sie Waffen produziert und finanziert, dann würde seine Eliminierung das Leben vieler Zivilisten retten. Und dann wird er ausgelöscht. Nach den internationalen Konventionen ist er dann ein legitimes Ziel.»

Skibitskij ist der Stellvertreter und ein enger Vertrauter des Leiters des ukrainischen Militärgeheimdienstes Kirill Budanow. Letzterer ist in den vergangenen Wochen durch mehrere Interviews aufgefallen, in denen er die Verantwortung des von ihm geleiteten Dienstes für spektakuläre Morde an Zivilisten in Russland wie der Journalistin Daria Dugina, des Militärbloggers Wladlen Tatarskij und den gescheiterten Anschlag auf den Schriftsteller und Politiker Sachar Prilepin, bei dem dessen Freund und Fahrer ums Leben kam, andeutete.

Ausserdem kündigte er an, Russen «überall auf der Welt» töten zu wollen und sagte, dass im Fall eines ukrainischen Sieges und der Rückeroberung der Krim die «physische Auslöschung» einiger Krim-Bewohner vorgesehen sei. Dies sei, so Budanow, «nach unserem Verständnis die einzige gerechte Strafe».

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/170936-ukrainischer-general-ukraine-plant-ermordung/>

Frontfrau Baerbock im Krieg

Autor: Uli Gellermann, Datum: 24.05.2023

Eine «Nationale Sicherheitsstrategie» geistert durch die Medien. Im politischen Raum, der in Deutschland zunehmend einer Gummizelle gleicht, wird ein bisher nicht fertiges Papier zur «Nationalen Sicherheitsstrategie» hin- und hergeschoben. Eigentlich ist das Kriegsministerium zuständig, aber zunehmend schiebt sich Frau Baerbock, die Aussenministerin, in den Vordergrund: Sie gilt als bewährte Platzhalterin für die USA und tritt gehorsam für die NATO-Norderweiterung «ohne weitere Verzögerung» ein.

Nationale Sicherheitsstrategie

Dass im Grundgesetz Artikel 115a der «Verteidigungsfall» längst festgeschrieben ist, dass er nur dann eintritt, wenn «das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht», interessiert weder die Medien noch Politiker der Sorte Baerbock. Dass in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie auch die Kürzel SS und NS stecken, interessiert erst recht niemanden. Dabei verweisen die Kürzel auf die aggressiven Inhalte der «Strategie», die jener der NAZI- Kriegsvorbereitungen durchaus ähnlich sind.

Bolschewistische Bedrohung

Schon die NAZIS hatten den Russen als Feind beschrieben, auch wenn er da als «Bolschewistische Bedrohung» firmierte. Was schon damals pure Propaganda war, taucht heute im NATO-Gewand erneut auf: Obwohl Russland weder das «Bundesgebiet mit Waffengewalt angreift oder ein solcher Angriff unmittelbar droht», malen Medien und Regierung einen solchen Angriff an die Wand. Mehr noch wird mit dem kryptisch genannten «Sondervermögen» die Aufrüstung der Bundeswehr vorangetrieben, und der deutsche Waffenexport in die Ukraine verschärft die Ausweitung des Krieges.

Grüner Imperialismus auf demokratischen Socken

Zwar liegt noch kein verbindlicher Entwurf für die «Strategie» vor, aber was durchgesickert ist, lässt fürchten: Neben Russland soll auch China als «Feind» markiert werden. Die Dame Baerbock formuliert für China, «dass wir auf Dauer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sichern» und «mit klarer Haltung für die internationale Ordnung eintreten». Im Klartext: Der grüne Imperialismus auf demokratischen Socken will sich in die chinesische Innenpolitik einmischen und an der Seite der USA eine imperiale «internationale Ordnung» durchsetzen.

Gefährliche Risikobereitschaft

Dass Baerbock & Co. mit der «Strategie» die deutsche Innenpolitik grundgesetzwidrig auf Kriegskurs steuern, will den Medien nicht auffallen. Dass Politik und Medien darüber hinaus das mächtige China zur Zahl der Feinde Deutschlands hinzufügen wollen, spricht nur für ihre masslose Selbstüberschätzung und gefährliche Risikobereitschaft. Die Erben der Jugoslawienkrieger Fischer und Schröder fürchten offenkundig auch den dritten Weltkrieg nicht.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/ss-und-ns>



Die EU hat mittlerweile ihr 10. Sanktionspaket aufgelegt, doch das von Annalena Baerbock vorgegebene Ziel, «Russland [zu] ruinieren», hat sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil. Russlands volkswirtschaftliche Daten sind erstaunlich stabil und auch der erträumte Regime Change ist kaum mehr als ein Wunschgedanke. In den Think Tanks des Westens rumort es. In den USA werden nun Vorschläge laut, die Sanktionen gegen Russland durch «sekundäre Sanktionen» gegen die Staaten zu erweitern, die sich nicht an die westlichen Sanktionen halten. Waren die bisherigen Sanktionen ein Schuss ins eigene Knie, wäre dies wohl strategischer Selbstmord. Von Jens Berger.

Sanktionen gegen missliebige Staaten zu verhängen, ist eine relativ junge Entwicklung. Schaut man ins SPIEGEL-Archiv, so stösst man in der Ausgabe 9/1957 das erste Mal auf diesen Begriff. Bis 1970 kam der Begriff im SPIEGEL gerademal 138-mal vor – und das in den meisten Fällen auch noch in einem ganz anderen Kontext. Allein im letzten Jahr tauchte der Begriff «Sanktionen» ganze 1372-mal im SPIEGEL auf – häufiger als in allen SPIEGEL-Ausgaben bis 1990 zusammen.

Das ist zumindest insofern erstaunlich, da Sanktionen als politisches Instrument nicht gerade eine Erfolgsgeschichte sind. Ein Arbeitspapier des FIW kommt zu dem Ergebnis, dass die unilateralen Sanktionen der USA das Bruttoinlandsprodukt der sanktionierten Länder im Schnitt gerade einmal um 0,5 bis 0,9 Prozent verringert haben. Und in Sachen Regime Change sieht es noch düsterer aus. Der Politikwissenschaftler Robert A. Pape kommt in einer umfassenden Studie zu dem Ergebnis, dass Sanktionen, deren Ziel der Regime Change ist, nur in vier Prozent aller Fälle Erfolg hatten. Ein gutes Beispiel dafür sind die seit 1958 bestehenden Sanktionen der USA gegen Kuba.

Wenn man diese Zahlen kennt, kann es nicht überraschen, dass auch die Sanktionen westlicher Staaten gegen Russland keines der Ziele erreicht haben, die man sich von ihnen versprochen hat. Das BIP Russlands wird laut IWF-Prognose in diesem Jahr sogar leicht wachsen, während sanktionierenden Staaten wie Grossbritannien sogar ein schrumpfendes BIP vorausgesagt wird. Auch Deutschland leidet unter den selbstverhängten Sanktionen – mehr als es die aktuelle BIP-Entwicklung ausdrücken könnte, da die konjunkturellen Auswirkungen der Reallohnverluste erst zeitversetzt volkswirtschaftlich verheerend wirken.

Auch in Sachen Regime Change sehen die Prognosen negativ aus. Sowohl das russische Levada-Institut als auch die amerikanische Gallup-Gruppe kommen zu dem Ergebnis, dass der Rückhalt der russischen Bevölkerung hinter Präsident Putin durch Krieg und Sanktionen nicht etwa gesunken, sondern gestiegen ist. Heute hat er Zustimmungswerte, von denen Biden, Scholz und Co. nur träumen können. Ein Regime Change in den USA oder Deutschland erscheint zurzeit wahrscheinlicher als eine Farben-Revolution in Russland.

Während die Regierungen des Westens das Scheitern entweder schönreden oder verdrängen, sind die westlichen Think Tanks da schon weiter. Wer nun aber glaubt, dass man die richtigen Lehren aus dem Scheitern zieht, sieht sich jedoch getäuscht. Stattdessen wird die Forderung immer lauter, die Sanktionen auf Drittstaaten auszuweiten, die sich nicht an die unilaterale Sanktionspolitik des Westens halten. Dieser Vorschlag kommt unter anderem von Kenneth Rogoff, dem ehemaligen Chefökonom des IWF, der in die Geschichtsbücher wohl als der Ökonom eingeht, mit dessen «Excel-Fehler» die zerstörerische Austeritätspolitik begründet wurde.

Dabei hat Rogoff zumindest aus der sehr eingeschränkten Perspektive des Elfenbeinturms der US-Think-Tanks noch nicht einmal vollkommen unrecht. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem volkswirtschaftlichen Schaden von Sanktionen und der Zahl der wichtigen Handelspartner, die sich den Sanktionen anschliessen. In der Realität sieht es jedoch schon wieder anders aus. Selbst die massiven von fast allen Staaten der Welt unterstützten Sanktionen gegen Nordkorea haben weder die atomare Aufrüstung dieses Staates verhindern können noch zu einem Regime Change geführt.

Im Falle der Russland-Sanktionen sind derlei Überlegungen jedoch ohnehin nur graue Theorie. Welche Drittstaaten will Rogoff denn sanktionieren? Glaubt er ernsthaft, dass beispielsweise die grossen Handelspartner Russlands, also China, Indien, Türkei oder Saudi-Arabien, sich den westlichen Sanktionen anschliessen, wenn der Westen auch ihnen Sanktionen im Falle einer Verweigerung androht? Ganz sicher nicht. Und sollte der Westen die Drohung dieser «sekundären Sanktionen» wahr machen, wird es ein Tit-for-Tat geben und die Sanktionen würden 1:1 mit Gegensanktionen beantwortet.

Offenbar haben Neocons wie Rogoff die letzten 50 Jahre verschlafen. In der unilateralen Welt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und vor dem Aufstieg von China und Indien hatte der Westen vielleicht noch die politische und vor allem ökonomische Macht, dem Rest der Welt seine Regeln aufzudrücken. Doch diese Tage sind gezählt. Bedenkt man allein die Lieferketten und die Frage der Abhängigkeit von globalen Absatzmärkten, scheint es eher so zu sein, dass wir heute analog zur atomaren Abschreckung auch ein ökonomisches «Gleichgewicht des Schreckens» haben. Und hier scheint es mir sogar eher so zu sein, dass der Westen stärker von China und auch Indien abhängt als umgekehrt.

Bildlich erinnert die Drohung von Rogoff daher eher an einen Verrückten, der mit der Pistole an der eigenen Schläfe droht, sich selbst zu erschiessen, wenn man seinen Forderungen keine Folge leistet. Das wäre dann eine Steigerung zum Schuss ins eigene Knie. Aber wer weiss? Wenn Ideologien das Handeln lenken, haben

es rationale Argumente bekanntlich schwer und gerade die Neocons sind ja dafür bekannt, dass sie die Welt auch in ein Chaos stürzen würden, nur um die amerikanische Vorherrschaft zu verteidigen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=98289>

Rückschlag für «Letzte Generation» Die «Letzte Generation» hat ein Problem mit ihrer Internetseite

Von MANFRED ROUHS | 24. Mai 2023

Generalstaatsanwaltschaft
München
Bayerische Zentralstelle zur
Bekämpfung von Extremismus
und Terrorismus (ZET)



Bayerisches
Landeskriminalamt

**Die Homepage der „Letzten Generation“
wurde im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München
- Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung
von Extremismus und Terrorismus (ZET) -
durch das Bayerische Landeskriminalamt beschlagnahmt.**

**Die Letzte Generation stellt eine kriminelle Vereinigung
gemäß § 129 StGB dar!
(Achtung: Spenden an die Letzte Generation stellen mithin
ein strafbares Unterstützen der kriminellen Vereinigung dar!)**

Massnahmen der Strafverfolgung, ja sogar Strafurteile gegen ihre Aktivisten konnten die «Letzte Generation» bislang nicht aufhalten. Sie waren im Gegenteil offenbar für Spendenkampagnen fest eingeplant. So hatte die Organisation zuletzt das Ziel ausgegeben, rund 800'000 Euro Spenden für ihre Aktivitäten einzuwerben, und tatsächlich war es ihr offenbar gelungen, jährlich etliche hunderttausend Euro an Zuwendungen ihrer Unterstützer zu erhalten.

Das Geld floss zum Teil in Personalkosten, denn ein Teil der «Klimaaktivisten» besteht aus regelrechten Berufsdemonstranten, die tagein tagaus nichts weiter tun als den Verkehr lahmzulegen oder sonstwie Unheil anzurichten und sich dabei filmen und fotografieren zu lassen. Das Bildmaterial und der öffentliche Rummel dienten dem Zweck, weitere Spendengelder einzuwerben.

Am 24. Mai 2023 aber geriet die Geldmaschine der «Letzten Generation» ins Stocken. An 15 Standorten in sieben Bundesländern führte die Polizei Hausdurchsuchungen durch. Gegen sieben Rädelsführer ermitteln Staatsanwälte wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ihnen drohen Haftstrafen ohne Bewährung.

Was aber viel schwerer wiegt: Die Internetdomain der Organisation wurde beschlagnahmt und von der Polizei übernommen. Und eine Mehrzahl von Girokonten der «Letzten Generation» mit dem Vernehmen nach nicht unerheblichen Guthaben wurde eingefroren und das Geld beschlagnahmt. Insgesamt soll die Gruppe nach Polizeiangaben seit ihrer Gründung etwa 1,4 Millionen Euro eingeworben haben.



Milliardenerbin Aileen Getty

Diese Massnahmen könnten die selbsternannten «Klimaretter» ernsthaft ausbremsen. Denn ihre Reisekader können nicht mehr von Stadt zu Stadt ziehen, wenn ihnen das Geld für Übernachtungen fehlt. Und warum sollten sie sich weiterhin dem Risiko einer Festnahme durch die Polizei aussetzen, wenn sie dafür nicht mehr bezahlt werden?

Ein Teil der Einnahmen der Klimakleber stammte nach deren eigenen Angaben vom Climate Emergency Fund der US-amerikanischen Milliardenerbin Aileen Getty. Deren Vermögen hatte ihr Grossvater Jean Paul Getty, ein US-Kriegsprofiteur, seit 1942 mit Getty Oil erwirtschaftet. Sie gilt in den USA als weltfremde Verrückte und will nach ihrem eigenen Bekunden einen Teil des ökologischen Schadens wiedergutmachen, den ihre Erblasser angerichtet haben.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht ausserdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2023/05/rueckschlag-fuer-letzte-generation/>

Gedankenlesende Technologie: Orwell hat uns gewarnt. Jetzt ist sie da.

uncut-news.ch, Mai 24, 2023

Zum ersten Mal scheint die Technologie des Gedankenlesens durch die Kombination zweier bereits verfügbarer Technologien realisierbar zu sein. Könnte es sein, dass wir auf George Orwells Welt der «Gedankenkriminalität» zusteuern, in der der Staat das blossе Denken rebellischer Gedanken über ein autoritäres Regime unter Strafe stellt?

Von Joshua Krook



Zum ersten Mal ist es Forschern gelungen, mithilfe von GPT1, einem Vorläufer des Chatbots ChatGPT, der mit künstlicher Intelligenz (KI) arbeitet, MRT-Bilder in Text zu übersetzen, um zu verstehen, was jemand denkt.

Dieser jüngste Durchbruch ermöglichte es Forschern der University of Texas in Austin, die Gedanken einer Person in Form eines kontinuierlichen Textflusses zu «lesen», basierend auf dem, was die Person hört, sich vorstellt oder sieht.

Dies wirft erhebliche Bedenken hinsichtlich der Privatsphäre, der Gedankenfreiheit und sogar der Freiheit, ungestört zu träumen, auf.

Unsere Gesetze sind für den weit verbreiteten kommerziellen Einsatz von Gedankenlesetechnologie nicht gerüstet – das Recht auf freie Meinungsäusserung erstreckt sich nicht auf den Schutz unserer Gedanken.

Die Teilnehmer der texanischen Studie wurden gebeten, 16 Stunden lang Hörbücher zu hören, während sie sich in einem Kernspintomographen befanden. Gleichzeitig «lernte» ein Computer, ihre Gehirnaktivität aus dem MRT mit dem Gehörten zu verknüpfen.

Einmal trainiert, konnte der Decoder Text aus den Gedanken einer Person generieren, während diese einer neuen Geschichte zuhörte oder sich eine eigene Geschichte ausdachte.

Den Forschern zufolge war der Prozess arbeitsintensiv, und der Computer konnte nur das Wesentliche dessen erfassen, was die Person dachte.

Dennoch stellen die Ergebnisse einen bedeutenden Durchbruch auf dem Gebiet der Gehirn-Maschine-Schnittstellen dar, die bisher auf invasive medizinische Implantate angewiesen waren. Bisherige nicht-invasive Geräte konnten nur eine Handvoll Wörter oder Bilder entschlüsseln.

Hier ist ein Beispiel dafür, was eine der Versuchspersonen hörte (ein Hörbuch):

«Ich stand von der Luftmatratze auf und drückte mein Gesicht gegen das Glas des Schlafzimmerfensters, in der Erwartung, Augen zu sehen, die mich zurückstarrten, aber stattdessen sah ich nur Dunkelheit.»

Und hier ist, was der Computer aus der Gehirnaktivität der Testperson «las»:

«Ich ging einfach weiter zum Fenster und öffnete die Scheibe, stellte mich auf die Zehenspitzen und schaute hinaus, sah aber nichts, schaute wieder hoch und sah nichts.»

Die Studienteilnehmer mussten beim Training und der Anwendung des Decoders mitarbeiten, damit die Privatsphäre ihrer Gedanken gewahrt blieb.

Die Forscher warnen jedoch, dass «künftige Entwicklungen es ermöglichen könnten, dass Decoder diese Anforderungen umgehen». Mit anderen Worten: Die Technologie des Gedankenlesens könnte eines Tages auch gegen den Willen von Menschen eingesetzt werden. Zukünftige Forschungen könnten auch den Trainings- und Dekodierungsprozess beschleunigen. Während es in der aktuellen Version 16 Stunden dauerte, die Maschine darauf zu trainieren, die Gedanken einer Person zu lesen, wird sich diese Zeitspanne in zukünftigen Updates deutlich verringern. Und wie wir bei anderen KI-Anwendungen gesehen haben, dürfte auch der Decoder mit der Zeit immer genauer werden.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum dies ein Schritt nach vorn ist. Forscher arbeiten seit Jahrzehnten an Gehirn-Maschine-Schnittstellen, um Technologien zum Gedankenlesen zu entwickeln, die die Gedanken einer Person wahrnehmen und in Text oder Bilder umsetzen können. In der Regel konzentrierte sich diese Forschung jedoch auf medizinische Implantate, die Behinderten helfen sollen, ihre Gedanken zu sprechen. Neuralink, das von Elon Musk gegründete Neurotechnologieunternehmen, entwickelt ein medizinisches Implantat, mit dem man einen Computer oder ein mobiles Gerät steuern kann, egal wo man ist.

Die Tatsache, dass man sich einer Gehirnoperation unterziehen muss, um sich ein Gerät implantieren zu lassen, wird jedoch wahrscheinlich ein Hindernis für den Einsatz dieser Technologie bleiben. Die Verbesserung der Genauigkeit dieser neuen, nicht-invasiven Technologie könnte sie jedoch zu einem Wendepunkt machen.

Zum ersten Mal scheint die Technologie des Gedankenlesens realisierbar zu sein, da sie zwei Technologien kombiniert, die bereits verfügbar sind – wenn auch zu einem hohen Preis. MRT-Geräte kosten derzeit zwischen 150'000 und 1 Million Dollar.

Rechtliche und ethische Verzweigungen

Das Datenschutzrecht betrachtet Gedanken derzeit nicht als eine Form von Daten. Wir benötigen neue Gesetze, die das Entstehen von Gedankenkriminalität, Verletzungen von Gedankendaten und vielleicht sogar eines Tages die Implantation oder Manipulation von Gedanken verhindern.

Vom Lesen von Gedanken bis zu ihrer Einpflanzung mag es noch lange dauern, aber beides erfordert eine präventive Regulierung und Aufsicht. Forscher der Universität Oxford plädieren für ein «gesetzliches Recht auf geistige Integrität», das sie folgendermassen beschreiben: «Ein Recht gegen erhebliche, nicht einvernehmliche Eingriffe in den eigenen Verstand.»

Andere beginnen, ein neues Menschenrecht auf Gedankenfreiheit zu verteidigen. Dieses würde über die traditionellen Definitionen der Meinungsfreiheit hinausgehen und unsere Fähigkeit zum Nachdenken, Staunen und Träumen schützen.

Eine Welt ohne Regulierung könnte sehr schnell dystopisch werden. Stellen Sie sich vor, ein Chef, Lehrer oder Staatsbeamter könnte in Ihre privaten Gedanken eindringen – oder schlimmer noch, sie verändern und manipulieren. Wir erleben bereits, dass in Klassenzimmern Technologien zum Scannen der Augen eingesetzt werden, um die Augenbewegungen der Schüler während des Unterrichts zu verfolgen und festzustellen, ob sie aufmerksam sind. Was passiert, wenn Technologien zum Gedankenlesen als nächstes kommen?

Und was passiert am Arbeitsplatz, wenn Arbeitnehmer nicht mehr an das Abendessen oder an irgendetwas anderes ausserhalb der Arbeit denken dürfen? Das Ausmass der missbräuchlichen Kontrolle von Arbeitnehmern könnte alles bisher Vorstellbare übersteigen.

George Orwell schrieb überzeugend über die Gefahren der «Gedankenkriminalität», bei der der Staat es unter Strafe stellt, nur rebellische Gedanken über ein autoritäres Regime zu denken. Die Handlung von Orwells «1984» basierte jedoch darauf, dass Staatsbeamte Körpersprache, Tagebücher oder andere äussere Anzeichen für die Gedanken einer Person lasen. Mit der neuen Technologie des Gedankenlesens würde

Orwells Roman tatsächlich sehr kurz werden – vielleicht sogar so kurz wie ein einziger Satz: «Winston Smith dachte sich: «Nieder mit Big Brother» – woraufhin er verhaftet und hingerichtet wurde.»

QUELLE: MIND-READING TECHNOLOGY: ORWELL WARNED US. NOW IT'S HERE.

Quelle: <https://uncutnews.ch/gedankenlesende-technologie-orwell-hat-uns-gewarnt-jetzt-ist-sie-da/>



24 Mai 2023 18:11 Uhr

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow verglich die NATO-Osterweiterung mit der Aussenpolitik von Hitler-Deutschland. «In der Tat spiegelt die rücksichtslose Expansion des Nordatlantischen Bündnisses die Absichten wider, die im Mittelpunkt von Hitlers Politik des «Drangs nach Osten» standen.» – so der Diplomat.

Dies erklärte der russische Aussenminister Sergej Lawrow in seiner Rede auf dem 11. Internationalen Treffen der Hohen Vertreter für Sicherheitsfragen am 24. Mai.

Ausserdem verglich der russische Aussenminister die NATO-Osterweiterung mit der Aussenpolitik von Hitler-Deutschland.

«In der Tat spiegelt die rücksichtslose Expansion des Nordatlantischen Bündnisses die Absichten wider, die im Mittelpunkt von Hitlers Politik des «Drangs nach Osten» standen.» – so der Diplomat.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/kurzclips/video/170932-drang-nach-osten-lawrow-vergleicht/>

Die grüne Heiz-Domina und die Wohnungserfassung

24 Mai 2023 19:47 Uhr

Die ganze schräge Nummer mit dem Wärmepumpenzwang ist noch nicht durch, da wird schon wieder nachgelegt. Das Publikum weiss noch nicht, ob es sich wirklich wehren soll oder einfach alles ignorieren, da erfindet Habeck ein Heizkataster, in das jede Wohnung gemeldet werden soll.

Von Dagmar Henn

Wer hat sie nicht gehört, die Sätze aus der biblischen Weihnachtsgeschichte: «Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, dass alle Welt geschätzt würde.» Es geht um eine Volkszählung im Römischen Reich, für die jeder an seinen Geburtsort zurückkehren sollte. Irgendwie muss diese Geschichte bei den Grünen hängen geblieben sein. Sonst würden sie nicht Daten über die Heizungen so erheben wollen, wie sie es wollen.

Bei den Volkszählungen sind die Vollerfassungen inzwischen die Ausnahme, zwischen den letzten beiden lagen elf Jahre. Dazwischen wird der Stand per Mikrozensus nachkorrigiert. Das sind zwar keine extrem genauen Daten, aber der Aufwand ist wesentlich geringer. Und in den allermeisten Fällen stellt der mögliche statistische Fehler kein Problem dar, weil selbst beim Mikrozensus die Ausgangsmenge noch sehr gross ist, immerhin ein Hundertstel der Gesamtbevölkerung.

Der Trick beim Mikrozensus wie bei jeder statistischen Teilerhebung ist, dass die Abweichung der realen Daten von den so ermittelten Daten mathematischen Gesetzen unterliegt und durch die Gaussssche Normal-

verteilung bestimmt ist. Um zu erfassen, wie die Deutschen tatsächlich heizen, würde es genügen, die konkreten Daten von einer Stichprobe zu erheben.

Gut, es sind die Grünen, die gerade das Wirtschaftsministerium besetzt halten, und vermutlich sind die alten Mitarbeiter noch von der Spionagenummer eingeschüchtert. Aber eigentlich sollte in diesem Bau noch jemand übrig sein, der selbst Herrn Habeck erklären kann, dass man nicht wirklich die Heizkostenabrechnung jedes einzelnen Bürgers ins Datennetz einpflegen muss, um einen Überblick zu erhalten.

Anders ist das allerdings, wenn all das Teil der Immobilienbewertung werden soll. Davon ist im Moment zwar nicht die Rede. Aber es sieht sehr danach aus, dass in Wirklichkeit diese Daten gesammelt werden, um sie anschliessend zur Bepreisung einzusetzen, um problemlos entsprechende Strafen verhängen zu können, oder beides.

Vielleicht ist das auch die Rache dafür, dass der Zwang zum Einbau eines Smartmeters, also eines «intelligenten» Stromzählers, immer noch nicht durchgesetzt werden konnte. Die Leidenschaft dafür, nicht nur einsehbar zu machen, wann man seine schmutzige Wäsche wäscht, sondern sogar die Entscheidung über das Ob an die Stromerzeuger abzutreten, hält sich doch in engeren Grenzen.

Vergangenen Winter wurde die Heizordnung schon einmal eingeübt, die sich ankündigt. Man kann schon fast den Schwarzmarkt für schadhafte Thermometer vor sich sehen, mit denen man sich dann lebensfreundliche Heizgrade mehr erschlummeln kann, wenn die Wärmekontrolle aufschlägt. Oder die Isoliertapeten, durch die der Nachbar nicht mehr mitbekommen soll, wie warm es wirklich ist ... Auf jeden Fall führt allein die Ankündigung, man wolle das künftig für jede einzelne Wohnung wissen, zur Entwicklung allerlei dystopischer Vorstellungen.

Schliesslich ist da ja auch noch Özdemir, der ständig den Fleischverzicht predigt. Was nicht nur unangenehm an Kasteiung erinnert, permanente Fastenzeit ohne Biberschwänze sozusagen. Sondern auch an das Jagdverbot, welches das Wildbret nur dem Adel erlaubte. Der Habecksche Heizzwang dient ohnehin schon dazu, die Ärmern ihres kärglichen Besitzes zu berauben. Eine oder zwei Stufen weiter lässt sich das dann auch mit dem Heizkataster drehen.

Überhaupt ist die Erfahrung mit neuen bürokratischen Aufgaben in der nahen Vergangenheit eher abschreckend. Wie ist das noch einmal mit der neuen Grundsteuer? Oder der digitalen Steuererklärung? Oder dem berüchtigten Bildungs- und Teilhabepaket? Alles Fälle, in denen ungeheuer viel Aufwand erwartet wird, für kaum ein Ergebnis. Hauptsache, die Bürger sind beschäftigt.

Und niemand hat die geringsten Zweifel, dass unseren grünen Überwachungshelden noch die dazu passenden Strafen einfallen werden. Das Heizkataster mit der elektronischen Krankenakte und dem Ernährungsprotokoll kreuzen, und davon dann den Zugang zu Urlaubsreisen abhängig zu machen, sofern man nicht extra bezahlt. So etwas Ähnliches dürften die meisten fürchten.

Dabei war schon die ganze Mülltrennerei unnötige Beschäftigungstherapie mit der Nebenwirkung, möglichst viel noch verwertbare Materialien bei gewinnorientierten Unternehmen und nicht bei der kommunalen Abfallwirtschaft unterzubringen. Anders gesagt: Durch die eifrige Trennerei erarbeitet sich der folgsame Bürger seine höheren Müllgebühren.

Irgendwie wird sich auch beim Heizkataster ein Weg entdecken lassen, Geld von den Armen zu den Reichen zu befördern. Und irgendwie auch aus Europa in die USA. Und ansonsten bei den Opfern das Gefühl erzeugen, in die Hände einer böartigen Gouvernante gefallen zu sein. Sonst wäre das kein wahrhaft grünes Projekt. Habeck jedenfalls, davon kann man ausgehen, wird in dieser Hinsicht sein Bestes tun.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/170924-heiz-domina-und-wohnungserfassung/>

Die G7, die Lage in der Ukraine und die Versuche der Umdeutung

Am vergangenen Wochenende fielen zwei Ereignisse zusammen: Die wichtigsten Regierungschefs der westlichen Welt trafen sich zum G7-Gipfel in Japan und die russische Armee nahm die lange umkämpfte Stadt Bakhmut ein. Eine Analyse aus indischer Perspektive liefert der pensionierte Diplomat M.K. Bhadrakumar aus Indien.

VON M. K. BHADRAKUMAR | Veröffentlicht vor 11 Stunden in: Weltpolitik

Die 2700 Wörter umfassende Erklärung der G7-Staats- und Regierungschefs zur Ukraine,¹ die nach ihrem Gipfeltreffen in Hiroshima veröffentlicht wurde, übergang die heute brennende Frage – die sogenannte Gegenoffensive gegen die russischen Streitkräfte.

Es ist ein ohrenbetäubendes Schweigen, während Gerüchte über das Verschwinden des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte die Runde machen. Bezeichnenderweise macht sich Präsident Wolodymyr Selensky selbst aus Kiew rar und bereist die Hauptstädte der Welt – Helsinki, Den Haag, Rom, den Vatikan, Berlin, Paris, London, Jeddah und Hiroshima. Es scheint wirklich etwas faul zu sein im Staate Dänemark.

Zum Abschluss des G7-Gipfels gab der Leiter des PMC Wagner, Jewgeni Prigoschin, am Samstag bekannt, dass die russische Operation zur Einnahme des strategischen Kommunikationszentrums Bakhmut in der

ostukrainischen Region Donbass, die 224 Tage dauerte, gegen den Widerstand von mehr als 80'000 ukrainischen Soldaten erfolgreich abgeschlossen wurde.



*Die Regierungschefs der G7-Staaten mit Ukraines Präsident Selensky in Hiroshima.
Foto: Number 10, Lizenz: CC BY-NC-ND, Mehr Infos*

Dies ist ein schmerzlicher Moment für Selensky, der sich im Dezember letzten Jahres vor US-Gesetzgebern auf dem Capitol Hill damit brüstete, dass «der Kampf um Bakhmut wie die Schlacht von Saratoga (1777 während des amerikanischen Revolutionskriegs) den Verlauf unseres Krieges um Unabhängigkeit und Freiheit verändern wird».

Um die Aufmerksamkeit abzulenken, ist inzwischen von einer subtilen Änderung der US-Politik hinsichtlich der Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine in unbestimmter Zukunft die Rede. In Wirklichkeit kann jedoch niemand sagen, wie der ukrainische Rumpfstaat aussehen wird, wenn die Jets eintreffen. Es überrascht nicht, dass die Regierung Biden immer noch unschlüssig zu sein scheint. Die F-16 ist ein heisses Exportgut; was passiert, wenn die Russen sie mit ihren Hightech-Waffen vom Himmel holen und ihren Ruhm zunichtemachen?

Die Russen scheinen zum Schluss gekommen zu sein, dass nur ein totaler Sieg den Amerikanern und den Briten zu verstehen geben wird, dass Moskau es mit den drei Zielen, die hinter den speziellen Militäroperationen stehen und die nicht verhandelbar sind, ernst meint: Sicherheit und Unversehrtheit der russischstämmigen Bevölkerung und ihr Recht, in den neuen Gebieten in Frieden und Würde zu leben, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie eine neutrale, souveräne und unabhängige Ukraine, die aus den Fängen der USA befreit und nicht länger ein feindlicher Nachbar ist.

Allerdings hat die beispiellose Feindseligkeit der USA gegenüber Russland die Entschlossenheit Moskaus nur noch verstärkt. Wenn die angelsächsische Allianz die Eskalationsleiter weiter hinaufsteigt, könnte der russische Feldzug durchaus auf die gesamte Region östlich des Dnjepr ausgeweitet werden. Die Russen sind in diesem Krieg auf lange Sicht engagiert, und die Amerikaner sind nun am Zug.

Dabei fällt mir eine Rede von Präsident Wladimir Putin ein, die er im vergangenen Juli vor der Duma gehalten hat. Er hatte gesagt:

«Heute hören wir, dass sie uns auf dem Schlachtfeld besiegen wollen. Nun, was soll ich sagen? Sollen sie es doch versuchen. Wir haben schon viel darüber gehört, dass der Westen uns «bis zum letzten Ukrainer» bekämpfen will. Das ist eine Tragödie für das ukrainische Volk, aber es scheint in diese Richtung zu gehen. Aber jeder sollte wissen, dass wir im Grossen und Ganzen noch nichts Ernsthaftes begonnen haben.»

Nun, die russische Operation hat endlich «ernsthaft» begonnen. Der Grund für die Verzögerung ist unverkennbar. Putin betonte in seiner Rede, dass der Westen wissen sollte, dass es «für ihn umso schwieriger wird, mit uns zu verhandeln, je länger Russlands spezielle Militäroperation andauert».

Die grosse Frage ist daher die nach der ukrainischen Gegenoffensive. Die russischen Streitkräfte sind militärisch in jeder Hinsicht überwältigend überlegen. Selbst wenn es dem harten Kern der im Westen ausgebildeten ukrainischen Streitkräfte, die etwa 30–35'000 Soldaten umfassen, gelingen sollte, einen «Durchbruch» an der 950 Kilometer langen Frontlinie zu erzielen, was geschieht dann?

Täuschen Sie sich nicht, es wird ein massiver russischer Gegenangriff folgen, und die ukrainischen Soldaten können nur in eine Feuerfalle geraten und riesige Verluste erleiden, die in die Zehntausende gehen. Was hätte die angelsächsische Achse dann noch erreicht?

Ausserdem wird sich das ukrainische Militär so sehr erschöpft haben, dass die russischen Streitkräfte durch nichts mehr aufzuhalten sind, wenn sie auf Charkiw und Odessa vorrücken. Hierin liegt das Paradoxon. Denn ab diesem Zeitpunkt haben die Russen niemanden mehr, mit dem sie reden können.

Wenn das Verhalten der Amerikaner in der Vergangenheit – sei es in Vietnam, Afghanistan oder im Irak und in Syrien – etwas aussagt, wird Washington nichts unternehmen. Der bekannte amerikanische strategische Denker, Oberst a.D. David MacGregor, hätte es nicht besser ausdrücken können, als er zuletzt sagte:

«Ich kann Ihnen sagen, dass Washington nichts tun wird. Und ich habe immer gewarnt ... wir (die Vereinigten Staaten) sind keine Kontinentalmacht, keine Landmacht irgendwo anders als in unserer eigenen Hemisphäre. Wir sind in erster Linie eine Luft- und Raumfahrt- und Seemacht, ähnlich wie Grossbritannien. Und was bedeutet das? Wenn die Dinge schlecht für uns laufen, segeln wir weg, fliegen wir weg, gehen wir nach Hause ... Das tun wir immer. Irgendwann gehen wir einfach weg. Und ich denke, das steht jetzt auf der Tagesordnung.»

Das steinerne Schweigen der G7-Erklärung zur ukrainischen Gegenoffensive ist verständlich. Der G7-Erklärung muss ein Bericht gegenübergestellt werden, der am Vorabend des Gipfels in Hiroshima in Politicon erschienen ist³ und in dem unter Berufung auf hochrangige US-Beamte ein kühner Plan zur Umwandlung des Ukraine-Kriegs in einen «eingefrorenen Konflikt» nach dem Vorbild der koreanischen Halbinsel oder Kaschmirs beschrieben wurde.

Ein Pentagon-Beamter sagte der Zeitung, die jüngsten Militärhilfepakete für die Ukraine spiegelten den «Wechsel zu einer längerfristigen Strategie» der Regierung Biden wider. Berichten zufolge sprechen US-Beamte bereits mit Kiew über die Art ihrer künftigen Beziehungen.

Grundsätzlich könnten die westlichen Garantien im Falle eines Scheiterns des ukrainischen NATO-Beitrittsantrags von einem gegenseitigen Verteidigungsabkommen nach Artikel 5 im Stil der NATO bis hin zu Waffengeschäften mit der Ukraine im Stil Israels reichen, so dass «der Konflikt irgendwo zwischen einem aktiven Krieg und einem kühlen Patt enden wird».

In der Tat begann die G7-Erklärung mit der Konzeption einer «Europäisierung» der Ukraine mit Reformen, einer vom Privatsektor und westlichen Finanzinstitutionen angetriebenen Marktwirtschaft und der Stärkung der militärischen Abschreckungsfähigkeit Kiews gegenüber Russland.

Es ist schon erstaunlich. Kaum hat sich ein fehlerhaftes Narrativ – das die militärische Niederlage Russlands in der Ukraine und den Sturz Putins propagiert – aufgelöst, wird ein anderes Narrativ hochgezogen, das auf der simplen Vorstellung beruht, dass Russland einfach nachgeben und passiv zusehen wird, wie die USA die Ukraine in das westliche Bündnissystem integrieren, um eine offene Wunde an Russlands westlichen Grenzen zu schaffen, die auf Jahrzehnte hinaus Ressourcen verschlingen und die Beziehungen zu den Nachbarn erschweren wird.

Die Reaktion des russischen Aussenministers Lawrow auf den G7-Gipfel bestätigt jedoch, dass Moskau nicht in die Falle eines «eingefrorenen Konflikts» tappen wird. Lawrow sagte:

«Könnten Sie einen Blick auf die Beschlüsse werfen, die auf dem G7-Gipfel in Hiroshima debattiert und verabschiedet werden und die auf eine doppelte Eindämmung Russlands und der Volksrepublik China abzielen? Das Ziel wurde laut und offen verkündet, nämlich Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, und ohne es dabei zu belassen, es später sozusagen als geopolitischen Rivalen zu eliminieren, zusammen mit jedem anderen Land, das einen unabhängigen Platz in der Welt beansprucht: Sie werden als Gegner unterdrückt.»

Lawrow wies auch darauf hin, dass die Expertengemeinschaft der westlichen Länder unverhohlen den Auftrag erörtert, Szenarien auszuarbeiten, die auf den Zerfall Russlands abzielen, und «sie verhehlen nicht, dass die Existenz Russlands als unabhängiges Zentrum mit dem Ziel der globalen Vorherrschaft des Westens unvereinbar ist.» Der Minister sagte: «Wir müssen eine entschlossene und konsequente Antwort auf den uns erklärten Krieg geben.»

Es ist jedoch nicht so, dass die Amerikaner nicht in der Lage wären, den Krieg mit den Augen Russlands zu sehen. Lesen Sie einen Brief⁴, in dem eine Gruppe angesehener ehemaliger amerikanischer Diplomaten und Militärs, die dem Eisenhower Media Network angehören, für etwas Vernunft in Washington plädiert. Übrigens haben diese dafür bezahlt, dass der Brief in der New York Times erscheint, aber der Rest der etablierten Medien hat ihn ignoriert.

Der Beitrag erschien zunächst bei indianpunchline.com. Deutsche Übersetzung: Andreas Mylaeus für seniore.org.

M.K. Bhadrakumar ist pensionierter indischer Diplomat, als Kolumnist schreibt er für eine Reihe Zeitungen und er betreibt das Blog Indian Punchline.

Quellen

1 <https://www.consilium.europa.eu/sv/press/press-releases/2023/05/19/g7-leaders-statement-on-ukraine/>

2 <https://militarywatchmagazine.com/article/us-reluctant-f16s-ukraine-euro-pressure>

3 <https://www.politico.com/news/2023/05/18/ukraine-russia-south-korea-00097563>

4 <https://eisenhowermedianetwork.org/russia-ukraine-war-peace/>

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/die-g7-die-lage-in-der-ukraine-und-die-versuche-der-umdeutung/>

Bilderberger-Treffen: FPÖ befragt Schallenberg zu «Gottesdienst der Eliten»

Ingo Mehling /Wikimedia (CC BY-SA 4.0), 24. Mai 2023 / 12:54 Uhr

Die Bilderberger-Konferenz bleibt eine geheime Angelegenheit. Auch heuer kam nichts in die Öffentlichkeit, obwohl sich ÖVP-Aussenminister Alexander Schallenberg und Kurier-Chefredakteurin Martina Salomon mit den Eliten der Welt trafen.

Offizielle Teilnahme als Minister

Wie berichtet, fand diese mysteriöse Konferenz mit rund 130 Teilnehmern aus 23 Ländern (politische Führungskräfte, Wirtschaftskapitäne usw.) vom 18. bis 21. Mai in Lissabon, Portugal, statt. Geheimniskrämerei hin oder her, fand nun FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz heraus, dass Schallenberg – wie bei diesem Geheimbund anmutenden Veranstaltungen von österreichischer Seite immer behauptet wird – nicht als «Privatperson» oder als «Tourist» daran teilgenommen hatte, sondern ganz offiziell als «Minister for European and International Affairs».

Nichts für das gewöhnliche Volk

Die etablierten Medien, auch der Kurier, obwohl deren Chefredakteurin Gast war, machen aus der Bilderberger-Konferenz ein Nichtereignis. Was abseits der Fernsehkameras in der portugiesischen Hauptstadt besprochen und ausgehandelt wurde – alles totgeschwiegen. Nach draussen darf nichts dringen, so lautete auch das Motto dieser bereits 69. Bilderberger-Konferenz der Mächtigen und Reichen. Auf der Agenda standen Künstliche Intelligenz, Bankensystem, Russland, Ukraine und Energiewende – Themen, die das gewöhnliche Volk offenbar nach Ansicht der Teilnehmer nichts angehen.

Wortkarg und stumm

Im Vorjahr gehörten der Bilderberger-Elite übrigens der Vorstandsvorsitzende der ERSTE Stiftung, Andreas Treichl, und Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger an. Sie blieben wortkarg beziehungsweise stumm, als sie von Journalisten in den USA (die Konferenz fand in Washington statt) zu dem Treffen befragt wurden. Unzensuriert berichtete.



Tête-à-Tête in Lissabon:

Schallenberg und Salomon führten bei der Bilderberger-Konferenz vertrauliche Gespräche, von denen die Öffentlichkeit nichts erfuhr. Foto: Florian Schroetter / BKA / Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia CC BY-SA 2.0 /

Journalisten sollten Job an den Nagel hängen

Dass hochrangige Politiker, die das Volk vertreten sollen, und Journalisten, die den Politikern kritisch auf die Finger schauen sollen, zu Bilderberger-Konferenzen fahren und dann schweigen, wird nicht nur in Österreich sehr kritisch beäugt, sondern vor allem auch in der Schweiz, wo die renommierte Weltwoche das Treffen als «Gottesdienst der Eliten» bezeichnete und wörtlich schrieb:

«Hat die Öffentlichkeit kein Recht darauf, zu erfahren, mit wem worüber etwa der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis auf der Bilderberg-Konferenz gesprochen hat? Ist es für die Öffentlichkeit ohne Bedeutung, was der Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schmidt, die Chefs von Pfizer und Merck, der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa und die Chefin von Warner Brother Discovery Polen bei Bilderberg zu sagen hatten? Die Sache ist einfach. Auch Eliten haben ein Recht auf Privatsphäre. Wenn aber demokratisch gewählte Volksvertreter im Geheimen mit 120 bis 140 führenden Persönlichkeiten dieser Welt zu Themen konferieren, die Elementar für uns alle sind, dann geht das die Öffentlichkeit etwas an. Wer das als Journalist anders sieht, sollte bitte seinen Job an den Nagel hängen.»

Auf Kosten der Steuerzahler?

In einer parlamentarischen Anfrage an ÖVP-Aussenminister Alexander Schallenberg möchte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz Hintergründe der Reise zu den Bilderbergern erfahren. So soll die Frage geklärt werden, in welcher Funktion Schallenberg teilgenommen hat, welche Informationen er dort erhalten hat, was er zu den Themen beitragen konnte, oder wer die Kosten für die Reise nach Portugal übernommen hat. Zudem wird hinterfragt, ob Kurier-Chefredakteurin Martina Salomon vielleicht auf Steuerzahlerkosten dabei war. Hier die Anfrage im Originalwortlaut:

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/179013-bilderberger-treffen-fpoe-befragt-schallenberg-zu-gottesdienst-der-eliten/>



Argentinien: Hunderttausende demonstrieren gegen IWF-Spardiktat

Ein Artikel von *amerika21*, 24. Mai 2023 um 13:34; Bild: CTA Autónoma

Rund 350'000 Menschen haben in Argentinien gegen die rasante Zunahme von Hunger und Armut protestiert. Die Protestierenden sehen darin die Folgen der Kürzungen im Sozialsystem, die die Regierung von Alberto Fernández vorgenommen hat, um die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen. Von Hans Weber.

Fernández unterzeichnete 2022 ein Abkommen mit dem IWF zur Refinanzierung der Milliarden Schulden, die sein Vorgänger Mauricio Macri (2015–2018) hinterlassen hatte. Die von Macri aufgenommenen Schulden entsprachen dem 127-fachen der Kreditfähigkeit des Landes, wie die Nationale Aufsichtsbehörde unlängst feststellte.

Das Ergebnis der Schuldenpolitik sei «ein unterworfenen und hungerndes Volk», sagte ein Sprecher der Koordination für die Soziale Veränderung. Argentinien hat derzeit eine jährliche Inflationsrate von 108,8 Prozent und die Lebensmittelinflation ist mit 115 Prozent die zweithöchste weltweit. 18 Millionen Argentinier:innen leben unterhalb der Armutsgrenze, das sind 39,2 Prozent. 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind arm. Rund zehn Millionen Menschen sind auf Suppenküchen angewiesen.

Doch gerade die Programme zur Nahrungsmittelhilfe wurden von der Regierung Fernández gekürzt. «In den Suppenküchen gibt es nichts mehr zu essen», klagt Eduardo Belliboni vom Bündnis der Erwerbslosenorganisationen Unidad Piquetera (UP). Während der Wirtschaftsminister Sergio Massa Sozial- und Rentenprogramme, Nahrungsmittelhilfen, Ausbildungsbeihilfen und Strompreissubventionen kürzte, stiegen die Ausgaben für Schuldzinsen.

Der Druck des IWF, die Anpassung der öffentlichen Finanzen zu beschleunigen, ist in den letzten Monaten immer grösser geworden. «Wenn der IWF in Argentinien mitregiert, ist das Ergebnis das Elend», empörte sich Oscar Isasi, Chef der Vereinigung der Staatsangestellten der Provinz Buenos Aires (ATE-Buenos Aires). «Wir glauben, dass dies eine historische Mobilisierung ist», sagt ein Demonstrant. «Schluss mit dem Hunger, Schluss mit den Sparmassnahmen» hiess es bei der Demonstration, die einer der Teilnehmer über ein Megafon als die grösste der letzten Jahrzehnte bezeichnete.

Im Unterschied zu früheren Protesten unter der Regierung Fernández beteiligten sich diesmal nicht nur die oppositionellen sozialen Bewegungen wie die UP. Auch Basisorganisationen wie die Vereinigung von Arbeitern und Arbeiterinnen der informellen Ökonomie (UTEP), die der Regierungskoalition Bündnis von Allen (Frente de Todos, FdT) nahestehen, nahmen mit einer regierungskritischen Haltung teil.

«Dies ist zweifellos ein sehr wichtiger Meilenstein für die Einheit der sozialen Bewegungen», sagte Hugo Godoy, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes CTA Autónoma. «Die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, der formell und informell Beschäftigten ist unerlässlich, um Druck auf die Regierung auszuüben, sich nicht länger den Rezepten des IWF zu «unterwerfen».» Andernfalls würden Armut und Hunger weiter zunehmen, so Godoy.

Der Grossdemonstration waren landesweite Protestaktionen vorausgegangen, darunter der Bundesmarsch der Piqueteros (Marcha Federal Piquetera), der zwei Tage zuvor als Sternmarsch aus dem ganzen Land zum Entwicklungsministerium in Buenos Aires gezogen war und am Vorabend der Demonstration auf der Plaza de Mayo campierte.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=98298>

Salome Billy

Habe einige Screenshots gemacht vom Video von Egor Mislivez (@MislivetsEgor), der aus Ukraine stammt. Er wiedergibt das Treffen vom amerikanischen Senator Lindsey Graham mit Wolodymyr Zelensky (um 12:21 nachm. 28. Mai 2023), wo dieser sich geäußert hat: Dass die Russen sterben, und das ist das beste Geld, was wir mal verwendet haben.

<https://www.youtube.com/watch?v=syVU86sGZf4> –



4:52 / 21:18



4:56 / 21:18



4:57 / 21:18

Liebe Grüße
Johann

Die verrückte und stolze Unterstützerin der «Letzten Generation»: Aileen Getty Aileen Getty, die Amerikanische Öl-Milliarden-Erbin finanziert Klimaradikale in Deutschland

Steinreich aus den USA, jedoch dumm wie Bohnenstroh, angebliche Philanthropen, besudelt die parlamentarische Demokratie sowie die politische Kultur Europas, indem sie Tomatensauce und Kartoffelbrei Fenster und Wände usw. Beklecken und ihre Gläubigen mit Sekundenkleber auf die Strassen und an Autopneus kleben lässt. Sie ist die Erbin des Öl-Imperiums von Jean Paul Getty und finanziert die kriminelle «Letzte Generation» sowie ähnliche Gruppierungen, die Schaden anrichten anstatt Nutzen zu erwirken. Dadurch ist es ihr gelungen ist, auf sich und ihre Chaotendemonstranten die öffentliche Aufmerksamkeit zu ziehen, und zwar mit radikalen, kriminellen und schadenbringenden Mitteln. Strassenblockaden, durch die nicht einmal Rettungswagen mehr durchgelassen werden, wie auch Attacken auf Kunstwerke verübt werden in öffentlichen Museen. Die Klimachaotenbewegungen werden so zum Thema der medialen und politischen Debatte gemacht.

U. Brenner

Eine erfreuliche Nachricht aus den Kontaktberichten

Billy: "Es sind eben wirklich viele Menschen rund auf dem Erdenrund, wirklich viele Zigtausende, wie Ptaah kürzlich sagte, die sich die Kontaktberichte sowie die Sonder-Zeitzeichen und vieles andere der FIGU zu Gemüte führen."
Billy: "There are just really a lot of people around the globe, really a lot of tens of thousands, as Ptaah said recently, who are looking at the contact reports as well as the special time signs and a lot of other things from FIGU."

Quelle/Source:

https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_845.pdf



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>

E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 62 Mai/4 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsbereichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Wie der Westen verloren ging ... Das Kiewer Regime, das russisches Öl und Gas anpreist, ist der ultimative Schwindel, der den Untergang für die westlichen Unterstützer bedeutet!

uncut-news.ch, Mai 30, 2023



Der Öl- und Gasbetrug, wie auch der ganze Kriegs- und Waffenbetrug und die Scharade, dass der Westen «die ukrainische Demokratie verteidigt», werden dem Kiewer Regime zum Verhängnis werden.

Ein Bericht in der Washington Post hat diese Woche (versehentlich) die unverbesserliche Korruption und Skrupellosigkeit des Kiewer Regimes hervorgehoben. Das nazifreundliche Regime ist nicht nur durch seine eigene Verderbtheit dem Untergang geweiht. Sein giftiger Stachel könnte auch seine westlichen Unterstützer mit in den Abgrund reissen.

Der Post-Artikel von David L. Stern war überschrieben mit: «Trotz des Krieges lässt die Ukraine russisches Öl und Gas durch ihr Gebiet fließen».

Ja, das stimmt, das Regime, das den Rest der Welt bedrängt hat, keine russische Energie mehr zu kaufen, melkt weiterhin sein Transitgeschäft.

Und nicht nur das: Die ukrainische Kabale unter der Führung des so genannten Präsidenten Wladimir Selensky besitzt die Dreistigkeit zu fordern, dass alle anderen Transitrouten für russisches Öl und Gas nach Europa geschlossen werden. Die Nord-Stream-Pipeline, die durch die Ostsee nach Deutschland führt, wurde im vergangenen September von den USA heimlich gesprengt – sehr zur Freude Kiews. Gegen eine südeuropäische Pipeline namens Turk Stream, die über die Türkei auf den Balkan führt, haben das Kiewer Regime und seine amerikanischen Unterstützer lähmende Sanktionen verhängt.

Das unverhohlene Ziel ist es, der Ukraine eine privilegierte Rolle als einzige Transitroute für russische Energie zu verschaffen. Und das bedeutet, dass sich das Kiewer Regime einen Markt für Dienstleistungen sichert, an dem es jährlich Milliarden von Dollar verdienen kann. Wenn das ein wenig nach dem schmutzigen Geschäft der Zuhälterei klingt, dann ist das auch so.

In der Vergangenheit war das ukrainische Territorium die wichtigste Drehscheibe für russisches Öl und Gas, das nach Europa gelangte, und deckte bis zu 80 Prozent der gesamten Lieferungen ab. Pipelines durchziehen die ukrainischen Steppen. Aus verschiedenen legitimen Gründen ist Moskau seit Langem bestrebt, seine Lieferwege zum europäischen Markt zu diversifizieren. Deswegen wurden die Nord Stream- und die South Stream-Route gebaut. Einer der Gründe Russlands war die Instabilität und Korruption des Kiewer Regimes, das 2014 durch einen von der CIA unterstützten Putsch an die Macht kam. Diese neue antirussische Junta verherrlichte nicht nur den vergangenen Nazi-Völkermord an Russen, Polen, Juden und anderen, sondern fühlte sich auch berechtigt, Russlands riesige Öl- und Gasvorräte auf dem Weg nach Europa anzuzapfen.

Dennoch gehen die westlichen Medien/Propagandadienste mit der NATO-Verzerrung hausieren, Russland sei schuldig, «Energie als Waffe» einzusetzen. In Wirklichkeit wollten die Russen einfach und zu Recht ihren Handel und ihre Ressourcen vor den banderitischen Banditen schützen, indem sie sich von diesem Gebiet abwandten.

Die Geo-Ökonomie des Energiehandels ist ein entscheidender Faktor im aktuellen Krieg in der Ukraine, der von der NATO angeheizt und eskaliert wird. Das Kiewer Regime wollte ein Monopol auf die Transitrouten, und die Vereinigten Staaten wollten Russland als Konkurrenten für Energieexporte in den lukrativen Markt der Europäischen Union mit 500 Millionen Verbrauchern ausschalten.

Die bittere und tragische Ironie ist, dass Europa durch diesen gigantischen imperialen Betrug in die Knie gezwungen wurde. Das liegt zum Teil an elitären Irreführern, die dem transatlantischen Imperialismus treu ergeben und oft von einer ausgeprägten Russophobie durchdrungen sind. Faschismus und Nazismus lauern in den dunklen Korridoren der europäischen Macht. Siehe unser jüngstes Interview.

In dieser Woche ist die deutsche Wirtschaft – die treibende Kraft der Europäischen Union – offiziell in die Rezession geraten, vorwiegend wegen der steigenden Energiepreise. Die amerikanischen Machthaber

lachen sich ins Fäustchen. Washington ist es gelungen, Europa für seine eigenen Interessen zu opfern, indem es teuren Treibstoff und noch nie dagewesene Mengen an Waffen verkauft hat. (Gewöhnliche Amerikaner sind genauso Opfer des imperialen Lasters wie ihre europäischen Kollegen.)

Währenddessen verlangen die amerikanischen Machthaber und ihr Marionettenregime in Kiew, dass Europa immer mehr selbstzerstörerische Sanktionen gegen Russland verhängt – Sanktionen, die Russland nicht wirklich schwächen, sondern nur wie eine Abrissbirne auf die europäischen Volkswirtschaften zurückprallen.

Washingtons transatlantische Lakaien wie Ursula von der Leyen, Charles Michel, Josep Borrell und Jens Stoltenberg predigen davon, «der russischen Kriegsmaschinerie den Geldhahn zuzudrehen». Doch das angebliche ukrainische Opfer russischer Unterdrückung macht weiter wie bisher. Wenn Kiew Prinzipien hätte (zugegebenermassen ein lächerliches Postulat), würde es die Öl- und Gaspipelines stilllegen. Aber nein, das Geld ist für das korrupte Regime zu unwiderstehlich.

Moskau würde seinerseits argumentieren, dass es weiterhin Öl und Gas durch die Ukraine liefert, weil es vertragliche Verpflichtungen gegenüber europäischen Staaten wie Ungarn hat, die vor dem Beginn des Konflikts im Februar 2022 liegen.

Der oben erwähnte Artikel der Washington Post nimmt die Anomalie der westlichen und kiewer Darstellung vorweg, die von einer «unprovokierten Aggression» Russlands spricht, während die Geschäfte wie gewohnt weiterlaufen. Die Zeitung räumt die «bizarre Optik» ein. Aber sie zeigt eine verzerrte mentale Gymnastik, um den eklatanten und vernichtenden Widerspruch zu verschleiern.

«Aber so surreal es auch erscheinen mag», entschuldigt sich die Post, «die Ukraine besteht darauf, dass sie praktisch keine andere Wahl hat, als ihre eigenen Handelsabkommen beizubehalten, und hat sich für deren Beibehaltung eingesetzt, mit dem Argument, dass sie ein gewisses Druckmittel gegenüber dem Kreml darstellen und dazu beitragen, die Orte einzugrenzen, an denen das russische Militär Luftangriffe durchführt.» Die einfachere Erklärung ist, dass das Kiewer Regime ein absoluter Trickbetrüger ist.

Selensky und seine Kumpane werden sogar von den US-Geheimdiensten verdächtigt, mindestens 400 Millionen Dollar von den 65 Milliarden Dollar Militärhilfe abgeschöpft zu haben, die im vergangenen Jahr mit freundlicher Genehmigung der westlichen Steuerzahler gezahlt wurden. Selensky ist die Verkörperung einer westlichen Psy-Ops-Figur. Der ehemalige Komiker und Schauspieler ist das Gesicht eines riesigen globalen Waffenhandels, von dem der westliche kapitalistische militärisch-industrielle Komplex profitiert, während er gleichzeitig die Welt rücksichtslos in einen totalen Krieg zwischen den Atommächten treibt.

Selensky, der Komiker und Hochstapler (der als «Präsident» bezeichnet wird), hat es geschafft, Hollywood-Promis, Parlamente, Premierminister, Präsidenten, Könige und sogar den Vikar von Rom hinters Licht zu führen, wie unser Kolumnist Declan Hayes diese und letzte Woche in Artikeln kritisiert hat. Seine Videowerbung, in der er unablässig um mehr Geld und Waffen bittet, und sein «Gl Joe»-Auftritt in Militärklamotten aus dem Central Casting sind ebenso ermüdend wie fadenscheinig geworden.

Wie unser Kolumnist Declan Hayes feststellt, ist Selensky nur einer von vielen westlichen Politiker-Parasiten, die die Öffentlichkeit ausnutzen und für ihre Herren ausnutzen. Fast jeder westliche Politiker, der heute im Amt ist, ist ein Betrüger, der demokratische Prinzipien verrät.

Das Kiewer Regime hat sein wahres schmutziges Gesicht in vielfältiger Weise gezeigt. Die Verfolgung der orthodoxen Kirche, die Umbenennung von Strassen zu Ehren von Nazi-Kollaborateuren, die Schliessung oppositioneller Medien und politischer Parteien in der Ukraine, die unverhohlenen Aufrufe hochrangiger Vertreter zur Ermordung russischer Führer und zur Ausrottung gewöhnlicher russischer Bürger ... die Liste der Schandtaten geht weiter.

Millionen von Ukrainern sind aus ihrem Land geflohen und werden in ganz Europa mietfrei untergebracht, nicht wegen einer angeblichen «russischen Aggression», sondern um der Korruption des Kiewer Regimes zu entkommen – eines Regimes, das von den amerikanischen und europäischen Medien als «demokratisch» und würdig erklärt wird, mit Hunderten Milliarden Dollar und Euro an Subventionen gestützt zu werden.

Die Vereinigten Staaten und ihr imperiales «ukrainisches Projekt» haben Europa immensen Schaden zugefügt und die weltweite Sicherheit ernsthaft gefährdet.

Der Öl- und Gasbetrug, wie auch der ganze Kriegs- und Waffenbetrug und die Scharade, dass der Westen «die ukrainische Demokratie verteidigt», werden das Verderben des Kiewer Regimes sein. Es könnte sogar der Untergang der westlichen Regime sein, die dieses Kiewer Verbrechersyndikat der ganzen Welt aufgezogen haben.

Äsops Fabel vom Frosch und Skorpion scheint eine treffende Metapher für den aufgeblähten Westen und seinen unverbesserlich bösen Kiewer Gauner zu sein.

QUELLE: HOW THE WEST WAS LOST... KIEV REGIME PIMPING RUSSIAN OIL AND GAS IS ULTIMATE GRIFT THAT SPELLS DOWNFALL FOR WESTERN BACKERS

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-der-westen-verloren-ging-das-kiewer-regime-das-russische-oel-und-gas-anpreist-ist-der-ultimative-schwindel-der-den-untergang-fuer-die-westlichen-unterstuetzer-bedeutet/>

Kiew will Moskau zur Kriegerklärung treiben

Von Peter Haisenko, MAI 30, 2023

Streng formalistisch betrachtet gibt es seit 80 Jahren keinen Krieg mehr. Zu einem «richtigen» Krieg gehört eine Kriegserklärung und seit dem 11. Dezember 1941 gab es keine mehr gegen Staaten. Dementsprechend kann es auch keine Friedensverträge geben, nur die Beendigung von Überfällen.

So ganz stimmt es nicht, dass es keine Kriegserklärungen mehr gab, aber es waren keine «klassischen». 1948, noch am Tag der Gründung des Staates Israel, erklärten alle Nachbarn Israels Israel den Krieg und es begann ein einjähriger Krieg. Allerdings war es auch da so, dass diese Kriegserklärung gegenüber einem Staat erfolgte, der von ebendiesen Nachbarn nicht als solcher anerkannt wurde. So war und ist es bis heute nicht möglich, dieser Kriegserklärung einen Friedensvertrag folgen zu lassen. Wie kann man Frieden schliessen mit einem Staat, den man nicht anerkennt? In diesem Sinn sind im Fall Israels Parallelen zu erkennen zu dem, was sich jetzt auf dem Gebiet der ehemaligen Ukraine abspielt.

Die zweite Kriegserklärung erfolgte 2001, nachdem das World Trade Center in New York gesprengt worden ist. Aber auch dieser Kriegserklärung fehlten jegliche Kriterien, die eine «richtige» Kriegserklärung benötigt. Die USA erklärten den «Krieg gegen den Terror» und so eigentlich gegenüber der ganzen Welt, sobald sich jemand gegenüber den USA nicht beugen will. «Der Terror» ist aber kein Staat, dem man den Krieg erklären könnte. In diesem Sinn sollte man aufmerksam werden, wenn die USA darüber «nachdenken», Russland oder einen anderen Staat zum «Terror-Staat» zu erklären. Und auch da gilt: Wie kann man diesen Krieg gegen den Terror beenden? Kann man mit dem «Terror» einen Friedensvertrag abschliessen? Auch dieser «Krieg» ist angelegt für die «Ewigkeit».

Eine Kriegserklärung ist die letzte Warnung

Als vor einem Waffengang noch obligatorisch eine Kriegserklärung stehen musste, war diese sinnvoll. Es war die letzte Warnung, dass man von jetzt an seine Interessen mit Gewalt durchsetzen will. So konnte der «Feind» immer noch klein begeben, um den Krieg zu verhindern. Jedenfalls theoretisch. Oder es lief anders herum, dass ein Staat bereits gegenüber einer anderen kriegerischen Handlung begangen hatte und der angegriffene dann dem Angreifer den Krieg erklärte, um seiner Reaktion einen rechtlichen Rahmen zu geben. Das wiederum erlaubte dann, im Rahmen der Abwehr auch auf feindliches Gebiet vorzudringen. Damit bin ich mitten in den Vorgängen, die jetzt auf dem Gebiet der ehemaligen Ukraine zu beobachten sind. Auch dort gibt es – noch – keine Kriegserklärung. Tatsächlich gibt es im Machtbereich Kiews keinen Krieg, sondern nur vereinzelt Beschuss und der darf als Vergeltungsaktionen gewertet werden. Siehe hier:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/es-gibt-keinen-krieg-in-der-ukraine/>

In diesen Ausführungen zu obigem Artikel habe ich noch geschrieben, dass ich mir nicht sicher bin, inwieweit Vergeltungsaktionen zulässig sein können. Mittlerweile habe ich darüber weiter nachgedacht und bin auf Israel gestossen. Die israelische Regierung erlaubt sich seit Jahrzehnten massive Vergeltungsaktionen, unverhältnismässige, gegenüber Palästinensern. Zumindest im Wertewesten gibt es dagegen keinerlei Einwände und so gehe ich davon aus, dass Vergeltungsaktionen im Wertekanon des Westens als zulässig klassifiziert werden. Das muss dann auch auf Russland und die Ukraine zutreffen. Begrenzte Vergeltungsaktionen sind also offensichtlich zulässig, auch ohne eine Kriegserklärung. Vor allem dann, wenn sie so durchgeführt werden, dass Zivilisten nach Möglichkeit geschont werden. Das trifft zu auf die Schläge des russischen Militärs auf kriegsrelevante Einrichtungen im Kiewer Machtbereich.

Keine Waffen für einen «richtigen» Krieg

Nach meinen Ausführungen wird auch verständlich, warum vor allem die USA stets darauf beharren, keine Waffen an Kiew zu liefern, die das Staatsgebiet der Russischen Föderation erreichen können. Einen offiziellen Krieg zwischen der Kiew-Ukraine und der Russischen Föderation gibt es nicht. Das will aber die Junta in Kiew ändern. Ein offiziell erklärter Krieg würde alles ändern. Dann wäre es nämlich nach Völker- und Kriegsrecht zulässig, ja geradezu geboten, Angriffe tief ins Hinterland des jeweiligen Feindes zu tragen, ohne Rücksicht auf zivile Opfer oder zivile Einrichtungen.

Dass das im Fall der Ukraine nicht so ist, mag man auch daran ermessen, dass Russland bis jetzt die Städte Kiew, Lemberg oder Odessa nicht beschossen hat. Nicht einmal das Kriegsministerium wurde zerstört. Das steht im Widerspruch zur westlichen «Berichterstattung», die immer von Angriffen auf Kiew spricht, obwohl nur kriegswichtige Anlagen ausserhalb der Städte Ziel der Angriffe sind. Die Menschen in Kiew wissen das und ignorieren ausgerufene «Luftalarmmeldungen», ausgenommen die üblichen Schafe, die ihrer Regierung alles glauben.

Kiew beschiesst Zivilisten

Im Gegensatz dazu beschiesst die Kiew-Armee seit neun Jahren zivile Ziele in den neuen Volksrepubliken im Osten der ehemaligen Ukraine. Bei diesem Beschuss sind mehr als 14'000 Zivilisten ermordet worden und massive Schäden an der Infrastruktur müssen registriert werden. Man denke nur an den zerstörten Flughafen von Donezk, der erst kurz vorher neu aufgebaut worden ist. Die Junta in Kiew beansprucht für

sich das Argument, dass diese Republiken nicht existieren, also immer noch zu Kiew gehören, und dass es legitim ist, Teile des eigenen Landes in Schutt und Asche zu legen. Und nein, das habe ich mir nicht ausgedacht, das wurde von offizieller Kiewer Seite so formuliert. Siehe hier:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/selenskis-berater-wir-haben-das-recht-alles-zu-zerstoeren/>

Im Prinzip gibt es innerhalb der Ukraine eine Kriegserklärung gegen die eigene russischsprachige Bevölkerung. Man verbietet ihr die Muttersprache und wer sich dagegen zur Wehr setzt, ist zum Abschuss frei gegeben. Wiederum rein formalistisch kann man aber der eigenen Bevölkerung keinen Krieg erklären. Es ist eine interne Angelegenheit und auch Hitler hat den Juden in Deutschland nicht den Krieg erklärt. Man kann aber in beiden Fällen von einem geplanten Genozid sprechen und wie im Fall des Dritten Reichs müsste die Weltgemeinschaft hier eingreifen. Gegen die Kiew-Junta. Das tut aber der Wertewesten nicht und wir sind wieder so weit, dass gesagt werden darf, «nur ein toter Russe ist ein guter Russe». Und wieder nein, das habe ich mir nicht ausgedacht.

Tote Russen sind eine gute Investition

Es war der US-Senator Lindsey Graham, der gegenüber Selensky gesagt hatte: «Die Russen sterben – das ist das Beste, wofür wir je Geld ausgegeben haben.» Diese Aussage ist derart untragbar, dass in den westlichen Medien sofort behauptet wird, Graham hätte das so nicht gesagt. Man bedenke aber dazu, dass Graham seit vielen Jahren als antirussischer Hardliner bekannt ist. Der 67-Jährige sorgte bereits 2022 international für Schlagzeilen, nachdem er zur Ermordung des russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgerufen hatte. Wer lügt also hier?

Seit einigen Monaten wird die russische Region Belgorod immer wieder von ukrainischer Seite aus beschossen. Belgorod liegt in der Russischen Föderation an der nördlichen Grenze der Ukraine, weitab jeglicher Frontverläufe. In der Region Belgorod gibt es keine kriegsrelevante Struktur. Während der letzten Tage sind sogar Soldaten oder Söldner von der Ukraine aus über die russische Grenze dort eingedrungen und haben zerstört und gemordet. Sie haben sich dabei US-amerikanischen Geräts bedient, zum Beispiel der leicht gepanzerten «Humvees». Das aber wird in Washington nicht gelobt. Man weiss in Washington um die möglichen Implikationen. So bemüht sich auch Selenskij abzustreiten, er wäre verantwortlich dafür. Aber sogar CNN weiss das besser. Ich zitiere:

CNN nähert sich der Wahrheit an

Tatsache sei, dass die ukrainischen Terroristen bei ihrem Angriff auf das Gebiet Belgorod US-Ausrüstung verwendeten, die das Pentagon an Kiew geliefert hatte. Washington versuche jetzt, alle davon zu überzeugen, dass es den Ukrainern nicht erlaubt hätte, die von den USA erhaltenen Waffen zu benutzen, um das von den USA als russisch anerkannte Territorium anzugreifen. «Die US-Regierung hat die Lieferung von Waffen an Drittländer oder paramilitärische Gruppen, die nicht den ukrainischen Truppen angehören, nicht genehmigt, und die ukrainische Seite hat auch nicht darum gebeten», sagte Pentagon-Sprecher General Patrick Ryder und versprach, dass die USA dies genau beobachten würden.

Ein CNN-Korrespondent widerlegte jedoch ganz offen die Behauptungen der Sabotagegruppe, dass sie unabhängig gehandelt hätten, und zitierte Quellen, die bestätigen, dass Kiew von den Plänen der Terroristen gewusst hat. Ausserdem wird in dem Bericht behauptet, dass die Einheiten selbst direkt den ukrainischen Streitkräften unterstellt seien. Was wird hier also gespielt?

Wer respektiert (noch) das Völkerrecht?

Russland hält sich an Völker- und Kriegsrecht, versucht es zumindest. Wenn aber Kiew mit Soldaten in anerkannt russisches Staatsgebiet eindringt, dort mordet und zerstört, verändert sich alles. Dann wird der angebliche russische Angriffskrieg zu einem Verteidigungskrieg, der es erlauben würde, massive Schläge gegen Ziele innerhalb der Restukraine zu führen. Binnen Stunden würde es das Kiewer Kriegsministerium nicht mehr geben. Das aber käme den Kriegstreibern im Westen sehr gelegen, denn dann könnte die westliche Propagandamaschine richtig loslegen. Russland hingegen hätte sich auf das Niveau der US-Überfälle begeben. Moskau will das nicht und das weiss auch Selensky. Dennoch tut Selensky alles, diesen Zustand herzustellen. Das wiederum macht dem Westen Angst und Teile der offiziellen Berichterstattung kippen bereits.

So hat sogar das deutsche ÖRR-Fernsehen darüber berichtet, dass der Anschlag auf die Brücke über den Kertsch sehr wohl von Kiew organisiert war, obwohl das bislang heftig abgestritten worden ist. Die kurze Meldung lautet: «Mehr als sieben Monate nach der Explosion auf der Krim-Brücke hat der ukrainische Geheimdienstchef Wassil Maljuk die Beteiligung Kiews daran erstmals offiziell bestätigt. «Da es sich hierbei um einen Logistikweg handelt, den wir dem Feind abschneiden mussten, wurden entsprechende Massnahmen ergriffen», sagte der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU in einem Youtube-Interview des ukrainischen Journalisten Dmitro Komarow. Details des Einsatzes nannte er nicht.» Allein das würde eine Kriegserklärung Seitens Moskau an Kiew nach Völkerrecht erlauben.

Die NATO soll für Kiew kämpfen

Die Junta in Kiew versucht von Anfang an den Westen, die NATO, in den Krieg hineinzuziehen, von dem sie wissen, dass sie ihn nicht gewinnen können. Sie wissen aber auch, dass es ebendieser Westen war, der Kiew erst diesen Krieg und seine andauernde Fortsetzung aufgezwungen hat. In der üblichen Arroganz dachte man wohl im Westen, mit der Lieferung von NATO-Waffen und Ausbildung ukrainischer Soldaten nach NATO-Standards könnte Russland schnell in die Knie gezwungen werden. Das hat sich aber als kapitaler Irrtum herausgestellt und alle gelieferten Waffensysteme werden reihenweise entzaubert. Es ist auch das erste mal, dass sich NATO-Waffen mit einem ernstzunehmenden Gegner messen müssen. Die Erkenntnisse daraus sind niederschmetternd und so entwickelt sich eine Distanz zwischen Washington und Kiew. Kiew will die NATO hineinziehen und Washington will genau das vermeiden. Kiew versucht, einen offiziellen Kriegszustand herzustellen, Moskau zu einer Kriegserklärung zu bewegen, denn erst dann könnte sich die NATO zu einer «Schutzaktion» für Kiew hinreissen lassen. Aber die USA haben das Debakel im Georgienkrieg nicht vergessen. Schon damals sind die amerikanischen F 16 von russischen Jets ohne Eigenverluste vom Himmel geputzt worden. Verstehen wir jetzt, warum die USA so zögerlich sind mit der Lieferung ihrer Kampfflugzeuge? Die Lieferung solange hinauszögern, bis diese Sonderoperation sowieso beendet ist. Dazu sollte auch noch das Debakel mit dem Munitionsmangel der NATO-Staaten nicht übersehen werden.

Die ukrainischen Nationalisten sind vom Hass zerrissen

Selensky und seine Junta wissen das, aber blinder Hass und Zerstörungswut lassen sie ihr mörderisches Spiel weiterspielen. Sie wussten, dass Bachmut/Artjomowsk nicht zu halten ist und genau deswegen haben sie dafür gesorgt, dass dort nur Ruinen übrigbleiben. So, wie in Mariupol und beides mal hat das zehntausende junge Männer das Leben gekostet. Jede weitere Lieferung westlicher Waffen an Kiew wird weitere junge Männer das Leben kosten. Etwa fünf bis zehnmal mehr auf ukrainischer Seite als auf der russischen. Aber für Senator Graham und andere Kriegstreiber zählt wohl nur, dass Russen getötet werden. Moskau hingegen handelt nach wie vor so, dass nach Möglichkeit keine Zivilisten zu Schaden kommen. In diesem Sinn wird sich Moskau nicht dazu hinreissen lassen, Kiew den Krieg zu erklären. Sie wissen, dass es nur noch eine Frage der Zeit sein wird, bis sich Washington von Kiew abwendet, auch weil sie zu oft von dort belogen worden sind, und die Kiew-Armee dann kapitulieren wird. Dann wird die Restukraine entwaffnet, in den neuen Republiken endet das Morden und Russland hat seine Ziele der Sonderoperation erreicht. So ganz nebenbei, sozusagen als «Kollateralnutzen», wird die NATO als zahnloses Kätzchen zurückbleiben, das sich eben nicht mit einem wehrhaften Gegner anlegen kann. Genau das hat eben bis jetzt noch nie stattgefunden.

Nachtrag:

Gerade wird gemeldet, dass von Kiew einige Drohnen beladen mit Sprengstoff nach Moskau geschickt worden sind. Darf das als Vergeltungsaktion für Vergeltungsaktionen gewertet werden? Im Prinzip schon, aber die Angriffe Kiews haben eine andere Qualität als diejenigen von Russland. Russland greift nur militärische Objekte an, auch in der Nähe von Kiew, während Kiew sowohl in Donezk, Belgorod und jetzt eben Moskau wahllos auf Zivilisten und zivile Objekte schießt. Irgendwie muss es doch möglich sein, Moskau zu einer Kriegserklärung zu treiben.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/kiew-will-moskau-zur-kriegserklaerung-treiben/>

Ein gefährlicher Vorschlag

uncut-news.ch, Mai 30, 2023, Ted Galen Carpenter

Die Liebe des aussenpolitischen Establishments zu Selensky kennt keine Grenzen



Gerade wenn man versucht ist, zu dem Schluss zu kommen, dass die kriecherischen Unterstützer der Ukraine im Westen keine noch realitätsfernere Politik verfolgen können, schaffen es führende Persönlichkeiten dieser Fraktion, neue Tiefen der Absurdität auszuloten. Jüngstes Beispiel ist ein Meinungsartikel von Bernard-Henri Lévy im Wall Street Journal vom 22. Mai. Er wettet, dass eine von Wladimir Putins Hauptwaffen in seinem Krieg gegen die Ukraine «Russlands Status als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist, was die Macht mit sich bringt, jede Resolution zu blockieren. Er ist ein Erbe des Zweiten Weltkriegs und der Entscheidung, diesen Status den fünf Siegern, darunter der Sowjetunion, vorzubehalten.»

Aber «die Sowjetunion existiert nicht mehr», betont Lévy. Folglich «haben die ständige Mitgliedschaft Russlands und das damit verbundene Vetorecht keine Rechtsgrundlage». Nachdem er die (tatsächlichen oder übertriebenen) «Kriegsverbrechen» Russlands seit 1991 aufgezählt und dabei ein ähnliches internationales Verhalten der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten ignoriert hat, kommt Lévy schliesslich zum Kern seines Vorschlags. «Die Ukraine kann und sollte die Rechte eines gefallen Russlands erben. Man sollte der Russischen Föderation ihren Sitz als ständiges Mitglied entziehen und ihn der Ukraine übertragen.»

Leider ist Lévy nicht der einzige, der sich für einen Ausschluss Russlands aus dem Sicherheitsrat ausspricht. Im Oktober 2022 machte die Helsinki-Kommission einen ähnlichen Vorschlag. Die Abgeordneten Steve Cohen (R-TN) und Joe Wilson (R-SC) brachten im Dezember 2022 eine Kongressresolution ein, die dieses Ziel unterstützte.

Ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats seines Sitzes zu verweisen, ist rechtlich zweifelhaft und geopolitisch gesehen eine rücksichtslose Provokation. Die nächstliegende juristische Analogie für den Ausschluss Russlands war die Entscheidung der Vereinten Nationen im Jahr 1971, Chinas Sitz im Sicherheitsrat von der Kuomintang-Regierung in Taiwan auf die kommunistische Regierung in Peking zu übertragen. Diese Situation unterschied sich jedoch erheblich von dem, was Lévy und die anderen Befürworter der Ukraine vorschlugen. Peking beherrschte praktisch das gesamte chinesische Festland, während die Ukraine nur einen kleinen Teil der untergegangenen Sowjetunion erbt. Der grösste Teil des Territoriums der UdSSR, die Mehrheit ihrer Bevölkerung sowie der Grossteil ihrer militärischen und wirtschaftlichen Infrastruktur gingen an Russland.

Aus geopolitischer Sicht macht der Ausschluss Russlands aus dem UN-Sicherheitsrat noch weniger Sinn. Befürworter der Vereinten Nationen überschätzen gewöhnlich die Bedeutung der Organisation. Die UNO ist in erster Linie eine Arena für diplomatisches Gehabe und ein Abladeplatz für lästige Angelegenheiten, die die Grossmächte als wenig prioritär betrachten. Die einzige Ausnahme besteht darin, dass die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ihr Vetorecht routinemässig dazu nutzen, ihre eigenen widerwärtigen Aktionen und die ihrer bevorzugten Verbündeten zu schützen. Kleine Länder, die nicht über einen solchen Schutz verfügen, sind Freiwill für unilaterale oder multilaterale Zwangsmassnahmen – einschliesslich militärischer Zwangsmassnahmen. Serbien, Irak, Georgien und Libyen sind nur einige der aktuellen Beispiele.

Russland sein Veto im Sicherheitsrat zu entziehen, würde eine gefährliche Eskalation der bereits alarmierenden Konfrontation des Westens mit Moskau bedeuten. Die russische Führung wirft den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Verbündeten zunehmend vor, sie seien entschlossen, Russland als Grossmacht auszuschalten – und das Land als Hindernis für ihr Streben nach globaler Vorherrschaft zu beseitigen. Putin und seine Kollegen stellen den Kampf um die Ukraine als einen Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland dar, um diese Ziele zu erreichen.

US-Politiker haben solchen Anschuldigungen erhebliche Glaubwürdigkeit verliehen. Verteidigungsminister Lloyd Austin gab freimütig zu, dass das Ziel der NATO in der Ukraine darin bestehe, Russland ernsthaft zu schwächen. Ein grundloser Schritt in Bezug auf den Sitz Russlands im UN-Sicherheitsrat würde Moskaus Verdacht hinsichtlich der Motive und Ziele des Westens voll und ganz bestätigen. Jede Hoffnung auf eine Annäherung an Russland nach dem Ukraine-Krieg würde sich in Luft auflösen, und die Welt würde deutlich gefährlicher werden.

Der absurdeste Aspekt von Lévy's Plan ist jedoch sein Vorschlag, Russlands Sitz in die Ukraine zu verlegen. Hätte er Deutschland, Japan, Indien oder Brasilien vorgeschlagen, hätte die Idee zumindest einen Bezug zur realen Welt und den Beziehungen zwischen den Grossmächten. Aber die Ukraine? Dieses Land ist eine zweit- oder drittrangige Macht, wenn man es genau nimmt.

Seine 112 Milliarden Dollar schwere Wirtschaft rangiert gemessen am jährlichen Bruttoinlandsprodukt auf dem mageren Platz 60 der Welt – knapp vor Marokko und knapp hinter dem Sudan. Niemand könnte vorschlagen, eines dieser Länder in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzunehmen, und erwarten, ernst genommen zu werden. Mit 43,7 Millionen Einwohnern liegt die Ukraine an 35. Stelle in der Welt, knapp vor dem Irak und knapp hinter dem Sudan (wieder). Die Ukraine ist eine unscheinbare, bestenfalls mittelmässige Macht.

Warum sollte jemand vorschlagen, ein so unbedeutendes Land zu einem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu machen und ihm damit den Status eines wichtigen Akteurs im internationalen System

zu verleihen? Dies ist ein weiteres Beispiel für die intensive Liebesbeziehung des aussenpolitischen Establishments zur Ukraine. Wer behauptet, Wolodymyr Zelensky sei ein Verfechter der demokratischen Freiheit und die Wiedergeburt von Winston Churchill, ist zu jeder Art von Schwärmerei für die Ukraine fähig. Diejenigen unter uns, die in der realen Welt leben, betrachten Amerikas Unterstützung für die Ukraine als prinzipienlos und rücksichtslos. Glücklicherweise wird der jüngste Vorschlag, der Ukraine den Sitz Russlands im UN-Sicherheitsrat zu überlassen, wahrscheinlich mit dem abschätzigen Gelächter aufgenommen werden, das er verdient, wie es auch von sachkundigen Analysten wie Daniel Larison von Eunomia sofort geäußert wurde. Die Vereinigten Staaten sollten sich um die Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland bemühen und sich nicht auf sinnlose, destruktive Provokationen einlassen.

QUELLE: A DANGEROUS PROPOSAL

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/ein-gefaehrlicher-vorschlag/>

Antwort eines Bundestagsabgeordneten auf die Versendung eines Kontaktbericht-Auszuges über den Ukraine-Krieg

Gesendet: Dienstag, 30. Mai 2023 um 12:07 Uhr

Von: **Ein Abgeordneter des deutschen Bundestages**

An: "Achim Wolf"

Betreff: AW: Jeder Krieg ist blanke Idiotie

Lieber Herr Wolf,
vielen Dank für Ihre Zuschrift.

Ich erhalte derzeit viele E-Mails, die sich mit dem Krieg in der Ukraine und angemessenen Reaktionen auf diesen beschäftigen. Insbesondere die Debatte um Waffenlieferungen an die Ukraine und eine mögliche weitere Eskalation des Krieges bis hin zu einem (atomaren) Weltkrieg nimmt viel Raum ein. Auch mich beschäftigen diese Themen sehr. Leider kann ich aufgrund der Fülle der Zuschriften nicht auf jede E-Mail individuell antworten. Ich will dennoch meine Positionen zur aktuellen Lage kurz darstellen.

Den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine habe ich vom ersten Tag an verurteilt (siehe zum Beispiel ...). Mein Mitgefühl gilt den Menschen in der Ukraine, die unter den Gräueln leiden, die dieser Krieg – genau wie jeder andere Krieg – bedeutet. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, den Menschen, die in der Ukraine unter dem Krieg leiden und jenen, die vor ihm fliehen, zu helfen. Ebenso erkläre ich mich mit den Menschen in Russland solidarisch, die sich trotz der enormen Repression gegen den Krieg aussprechen.

Mein politisches Leben hindurch habe ich gegen den Krieg als Mittel der Politik gekämpft und dieses Engagement setze ich selbstverständlich auch in diesem Fall fort. Wo ich kann, setze ich mich für ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und eine diplomatische Lösung des Konfliktes ein. Ich finde es verheerend, dass von der EU-Ebene keinerlei Initiativen für eine Verhandlungslösung stattfinden und stattdessen auf eine Verlängerung des Krieges durch Waffenlieferungen gesetzt wird. Zu diesem Aspekt habe ich mich in einem längeren Interview mit der Zeitschrift «Zeitgeschehen im Fokus» geäußert, das Sie hier finden können:

Bei der Abstimmung zu den Sonderausgaben von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und deren Verankerung im Grundgesetz habe ich klar mit Nein gestimmt. Unter folgendem Link veröffentlicht unsere Fraktion Vorschläge für einen sinnvollen Einsatz von 100 Milliarden Euro Sondervermögen, z.B. für Bildung, Klimaschutz, bezahlbares Wohnen, armutsfeste Renten, gute Gesundheitsversorgung etc.:

<https://100mrd.linksfraktion.de/>

Die Entscheidung der Bundesregierung, Leopard-Panzer an die Ukraine zu liefern, halte ich für sehr gefährlich und für absolut inakzeptabel. Sie ist ein weiterer, gewaltiger Eskalationsschritt. Die Lieferung schwerer Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten auf unserem Territorium ziehen uns – genauso wie die erfolgte Aussage von Bundesausserministerin Annalena Baerbock vor der Europarat, «wir kämpfen einen Krieg gegen Russland» – immer weiter in diesen Krieg hinein und machen Deutschland zur Kriegspartei.

Es ist mir ein grosses Anliegen, dieser verheerenden Politik entgegenzuwirken und stattdessen für Deeskalation und für Friedensverhandlungen zu werben. Aus diesem Grund habe ich den Aufruf «Linke gegen Krieg und Kriegsbeteiligung» unterzeichnet: <https://linke-gegen-kriegsbeteiligung.de/>, ebenso wie das Friedensmanifest von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht: <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

Eine diplomatische Initiative der Bundesrepublik Deutschland nach dem Vorbild beispielsweise von Brasilien mit dem Ziel eines umgehenden Waffenstillstands und von Verhandlungen über ein Ende des Krieges ist schon lange überfällig und aktuell dringend notwendig.

Die Gräueln des Krieges und die verübten Kriegsverbrechen sind schrecklich. Es ist deshalb unsere Pflicht, alles zu unternehmen, um den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und eine weitere Eskalation des

Krieges bis hin zu einem möglichen Atomkrieg zu verhindern. Die warnenden Stimmen wie von Ex-Merkel-Berater Erich Vad oder von US-Generalstabschef Mark Milley sollten meines Erachtens viel ernster genommen werden.

Deutschland sollte meiner Meinung nach die eigene Aussenpolitik dringend überdenken und grundlegende Korrekturen vornehmen. Das einzige, was den Krieg in der Ukraine stoppen könnte, sind Verhandlungen. Dafür sollten sich die Bundesregierung und die EU stark machen und entsprechende Friedensinitiativen starten, anstatt die eigene wirtschaftliche Basis in Frage zu stellen und das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung massiv zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Achim Wolf

Gesendet: Sonntag, 9. April 2023 18:12

An: **Alle Abgeordneten des deutschen Bundestags**

Betreff: Jeder Krieg ist blanke Idiotie

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bitte beachten Sie die wahren Worte im beiliegenden PDF-Kontaktbericht.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Wolf

Ein Auszug aus dem beiliegenden PDF:

Billy

Den (Anm. Ukraine-Krieg) sehe ich als blanke Idiotie, wie das eben Krieg immer ist und jeder aller Logik, allem Verstand und jeder Vernunft widerspricht, wie es bezüglich jedem Krieg effektiv immer so ist. Jeder Krieg widerspricht auch jeder Ethik und Moral, wie mir übrigens vom Gremium aufgetragen wurde, einmal eine Schrift darüber zu verfassen, woran ich gegenwärtig gerade arbeite. Was jedoch hinsichtlich des Krieges in der Ukraine ist, so wurde dieser wohl von Putin, dem Präsidenten von Russland, gestartet, doch hat Amerika in seinem Hegemoniewahn alles dafür getan, dass es so weit gekommen ist, dass Putin durchgedreht ist. Das zeugt allerdings auch davon, dass auch er nicht besser ist als die Führenden von Amerika, denn die Feindschaft geht von beiden Seiten aus. Grundlegend ist eigentlich die Schuld am Ganzen die, dass Amerika Russland zur Sau machen will, dies letztendlich mit Hilfe der NATO, worauf Amerika hofft. Diese Mörderorganisation, die als weltweite «Schutzmacht» bezeichnet wird, soll ihre Mitgliedstaaten beschützen.

Amerikas Kriege und die US-Schuldenkrise

uncut-news.ch, Mai 30, 2023, Jeffrey D. Sachs



Um die Schuldenkrise zu überwinden, muss Amerika aufhören, den militärisch-industriellen Komplex, die mächtigste Lobby in Washington, zu füttern.

Im Jahr 2000 betrug die Staatsverschuldung der USA 3,5 Billionen Dollar, was 35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach. Im Jahr 2022 betrug die Verschuldung 24 Billionen Dollar, was 95% des BIP entsprach. Die Verschuldung der USA steigt rasant an, daher die derzeitige Schuldenkrise in Amerika. Doch sowohl die Republikaner als auch die Demokraten vermissen die Lösung: die Beendigung der von Amerika gewählten Kriege und die Kürzung der Militärausgaben.

Nehmen wir an, die Staatsverschuldung wäre bei bescheidenen 35% des BIP geblieben, wie im Jahr 2000. Die heutigen Schulden würden sich auf 9 Milliarden Dollar belaufen, im Gegensatz zu 24 Billionen Dollar. Warum hat die US-Regierung den Schuldenberg von 15 Billionen Dollar angehäuft?

Die wichtigste Antwort ist die Sucht der US-Regierung nach Krieg und Militärausgaben. Nach Angaben des Watson-Instituts an der Brown University beliefen sich die Kosten der US-Kriege vom Haushaltsjahr 2001 bis zum Haushaltsjahr 2022 auf satte 8 Billionen Dollar, also mehr als die Hälfte der zusätzlichen 15 Billionen Dollar Schulden. Die anderen 7 Billionen Dollar stammen zu etwa gleichen Teilen aus Haushaltsdefiziten, die durch die Finanzkrise 2008 und die Covid-19-Pandemie verursacht wurden.

Der militärisch-industriellen Lobby die Stirn zu bieten, ist der entscheidende erste Schritt, um Amerikas Steuerhaushalt in Ordnung zu bringen.

Um die Schuldenkrise zu überwinden, muss Amerika aufhören, den militärisch-industriellen Komplex (MIC), die mächtigste Lobby in Washington, zu füttern. Wie Präsident Dwight D. Eisenhower am 17. Januar 1961 warnte: «In den Regierungsräten müssen wir uns vor der Aneignung von ungerechtfertigtem Einfluss durch den militärisch-industriellen Komplex hüten, sei er erwünscht oder unerwünscht.» Das Potenzial für den verhängnisvollen Aufstieg einer fehlgeleiteten Macht ist vorhanden und wird fortbestehen. Seit dem Jahr 2000 hat der militärisch-industrielle Komplex die USA in katastrophale Kriege in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und jetzt in der Ukraine geführt.

Der militärisch-industrielle Komplex hat sich schon vor langer Zeit eine erfolgreiche politische Strategie zu eigen gemacht, indem er dafür gesorgt hat, dass der Militärhaushalt bis in jeden Kongressbezirk reicht. Der Congressional Research Service erinnerte den Kongress kürzlich daran, dass «die Verteidigungsausgaben den Bezirk eines jeden Kongressmitglieds berühren, u.a. durch die Besoldung und die Leistungen für Militärangehörige und Rentner, die wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Anlagen und die Beschaffung von Waffensystemen und Teilen aus der lokalen Industrie. Nur ein mutiger Kongressabgeordneter würde gegen die Lobby der Militärindustrie stimmen, doch Mut ist sicherlich kein Markenzeichen des Kongresses.

Die jährlichen Militärausgaben der USA belaufen sich derzeit auf rund 900 Milliarden Dollar, was etwa 40% der weltweiten Gesamtausgaben entspricht und höher ist als die Ausgaben der nächsten 10 Länder zusammen. Die Militärausgaben der USA waren im Jahr 2022 dreimal so hoch wie die von China. Nach Angaben des Congressional Budget Office werden sich die Militärausgaben für den Zeitraum 2024–2033 auf schwindelerregende 10,3 Billionen Dollar belaufen, wenn man von der derzeitigen Basis ausgeht. Ein Viertel oder mehr davon könnte durch die Beendigung der von Amerika gewählten Kriege, die Schliessung vieler der rund 800 amerikanischen Militärstützpunkte in der ganzen Welt und die Aushandlung neuer Rüstungskontrollabkommen mit China und Russland vermieden werden.

Doch anstelle von Frieden durch Diplomatie und finanzieller Verantwortung erschreckt das MIC das amerikanische Volk regelmässig mit comicartigen Darstellungen von Bösewichten, die die USA um jeden Preis aufhalten müssen. Auf der Liste nach 2000 stehen Afghanistans Taliban, Iraks Saddam Hussein, Syriens Bashar al-Assad, Libyens Moammar Qaddafi, Russlands Wladimir Putin und seit kurzem auch Chinas Xi Jinping. Krieg, so wird uns immer wieder gesagt, ist für das Überleben Amerikas notwendig.

Eine friedensorientierte Aussenpolitik würde von der militärisch-industriellen Lobby vehement bekämpft werden, nicht aber von der Öffentlichkeit. Eine beträchtliche Mehrheit der Öffentlichkeit wünscht bereits weniger, nicht mehr, Einmischung der USA in die Angelegenheiten anderer Länder und weniger, nicht mehr, US-Truppeneinsätze in Übersee. In Bezug auf die Ukraine wünschen sich die Amerikaner mit überwältigender Mehrheit eher eine «kleine Rolle» (52%) als eine «grosse Rolle» (26%) in dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Aus diesem Grund hat es weder Biden noch ein anderer Präsident der letzten Zeit gewagt, den Kongress um eine Steuererhöhung zur Finanzierung der amerikanischen Kriege zu bitten. Die Antwort der Öffentlichkeit wäre ein schallendes «Nein!»

Amerikas Kriege waren zwar für Amerika schrecklich, aber für die Länder, die Amerika zu retten vorgibt, waren sie eine noch viel grössere Katastrophe. Wie Henry Kissinger bekanntlich sagte: «Ein Feind der Vereinigten Staaten zu sein, kann gefährlich sein, aber ein Freund zu sein, ist tödlich. Afghanistan war von 2001 bis 2021 Amerikas Sache, bis die USA es kaputt, bankrott und hungrig zurückliessen. Die Ukraine befindet sich jetzt in Amerikas Umarmung, mit den gleichen wahrscheinlichen Ergebnissen: Anhaltender Krieg, Tod und Zerstörung.»

Der Militärhaushalt könnte umsichtig und tiefgreifend gekürzt werden, wenn die USA ihre Wunschkriege und ihr Wettrüsten durch echte Diplomatie und Rüstungsabkommen ersetzen würden. Hätten Präsidenten

und Kongressmitglieder nur auf die Warnungen amerikanischer Spitzendiplomaten wie William Burns, dem US-Botschafter in Russland im Jahr 2008 und jetzigen CIA-Direktor, gehört, hätten die USA die Sicherheit der Ukraine durch Diplomatie geschützt und sich mit Russland darauf geeinigt, dass die USA die NATO nicht in die Ukraine ausdehnen würden, wenn Russland auch sein Militär aus der Ukraine heraushält. Doch die unerbittliche NATO-Erweiterung ist ein Lieblingsanliegen des MIC; neue NATO-Mitglieder sind wichtige Abnehmer von US-Rüstungsgütern.

Die USA haben auch wichtige Rüstungskontrollabkommen einseitig aufgegeben. Im Jahr 2002 sind die USA einseitig aus dem Vertrag über den Schutz vor ballistischen Flugkörpern ausgestiegen. Und anstatt die Nukleare Abrüstung zu fördern – wozu die USA und andere Atomkräfte gemäss Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags verpflichtet sind – hat der militärisch-industrielle Komplex dem Kongress Pläne verkauft, bis 2030 mehr als 600 Milliarden Dollar für die «Modernisierung» des US-Atomwaffenarsenals auszugeben.

Jetzt redet der MIC die Aussicht auf einen Krieg mit China wegen Taiwan herbei. Die Trommeln des Krieges mit China heizen den Militärhaushalt an, doch ein Krieg mit China ist leicht zu vermeiden, wenn die USA an der Ein-China-Politik festhalten, die die Beziehungen zwischen den USA und China ordnungsgemäss untermauert. Ein solcher Krieg sollte undenkbar sein. Er würde die USA nicht nur in den Ruin treiben, sondern könnte auch das Ende der Welt bedeuten.

Die Militärausgaben sind nicht die einzige Herausforderung für den Haushalt. Die Überalterung und die steigenden Gesundheitskosten verschlimmern die Haushaltsprobleme noch. Nach Angaben des Congressional Budget Office werden die Schulden bis 2052 185 Prozent des BIP erreichen, wenn die derzeitige Politik unverändert bleibt. Die Gesundheitskosten sollten gedeckelt und die Steuern für Reiche erhöht werden. Der militärisch-industriellen Lobby die Stirn zu bieten, ist jedoch der entscheidende erste Schritt, um Amerikas Finanzen in Ordnung zu bringen, der notwendig ist, um die USA und möglicherweise die Welt vor Amerikas perverser lobbygesteuerter Politik zu retten.

QUELLE: AMERICA'S WARS AND THE US DEBT CRISIS

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/amerikas-kriege-und-die-us-schuldenkrise/>

Als Reaktion auf die massiven russischen Angriffe tötet die Ukraine Zivilisten

uncut-news.ch, Mai 30, 2023



Die Gegenoffensive der ukrainischen Armee hat noch nicht begonnen, und in der Zwischenzeit erleidet das ukrainische Militär Verluste durch die anhaltenden russischen Angriffe im ganzen Land.

Am 28. Mai erlebte die Ukraine einen der grössten Drohnenangriffe, 54 Drohnen flogen über dem Land, wie Präsident Wladimir Selensky erklärte. Die Hauptstadt des Landes wurde bereits zum vierzehnten Mal im Mai angegriffen. Der Luftalarm in Kiew dauerte fünf Stunden. Nach Angaben der Kiewer Behörden wurden in verschiedenen Bezirken der Stadt Schäden durch herabfallende Trümmerteile festgestellt. Berichten zufolge wurde eine Person getötet. Am nächsten Tag wurden die Angriffe fortgesetzt.

In der Nacht zum 29. Mai donnerte eine weitere Serie starker Explosionen über Kiew. Auch hier wurden weitere Schäden durch die herabgestürzten Wrackteile bestätigt. Die offiziellen Stellen in Kiew machen jedoch keine Angaben zu den tatsächlichen Verlusten.

Lokale Quellen berichteten auch von Einschlägen in den Regionen Lemberg, Schytomyr, Odessa, Mykolaiv, Winnyzja, Kirowograd, Tscherkassy und Poltawa. Sowohl russische Drohnen als auch Raketen zielten auf ukrainische Einrichtungen.

Die Verwaltung der Region Chmelnyzskij bestätigte den Angriff auf eine Militäreinrichtung, die Beschädigung der Landebahn und fünf Flugzeuge. Das ukrainische Militär verstärkte seinerseits den Beschuss friedlicher Gebiete im Donbass und in den Grenzregionen Russlands.

In der DVR feuerten die ukrainischen Streitkräfte im Laufe des vergangenen Tages 250 Granaten ab. Fünf Zivilisten wurden verwundet.

Das Dorf Almaznaya in der LPR wurde von drei HIMARS MLRS-Raketen getroffen. Dabei wurden drei Zivilisten getötet und sieben weitere verwundet. Ferner griff das ukrainische Militär Städte an der Küste des Asowschen Meeres mit Storm Shadow-Raketen an. Im Laufe des vergangenen Tages wehrten russische Luftabwehrsysteme Angriffe auf Berdjansk und Mariupol erfolgreich ab. Der aktive Einsatz teurer westlicher Marschflugkörper in der Region Saporoschje signalisiert, dass dies nach wie vor eine vorrangige Richtung für die geplante ukrainische Gegenoffensive ist. Die Versuche ukrainischer Drohnen, strategische Ziele auf russischem Territorium zu treffen, gehen weiter.

Am 28. Mai war das Ziel die Ilsky-Raffinerie in der Region Krasnodar Kray. Alle Drohnen wurden abgeschossen. Am selben Tag traf eine ukrainische Drohne ein Auto in der Region Brjansk. Dabei wurden zwei russische Soldaten getötet.

Grenzdörfer in der russischen Region Belgorod werden ständig von ukrainischer Artillerie beschossen. Am 27. Mai töteten ukrainische Streitkräfte einen weiteren Zivilisten im Dorf Schebekino.

Auch in der Grenzregion Kursk, wo kürzlich ein weiterer Zivilist getötet wurde, hält der Beschuss an.

Das russische Militär verstärkt seine Verteidigung in den Grenzregionen. Kiew, das angeblich einen Verteidigungskrieg führt und bisher jede Möglichkeit eines Einmarsches in russisches Gebiet abgelehnt hat, erklärt nun offen solche Absichten und startet Bodenangriffe auf kleine Grenzdörfer, die die örtliche Bevölkerung terrorisieren. Es ist nicht auszuschliessen, dass solche Kampfaufklärungsoperationen zu einem grösseren Angriff der ukrainischen Armee in Russland führen könnten.

QUELLE: IN RESPONSE TO MASSIVE RUSSIAN STRIKES, UKRAINE KILLS CIVILIANS

Quelle: <https://uncutnews>

MACHT DER VIDEOS UND MEDIEN

Splitter im Auge der Türkei – Balken in Deutschland

Autor: Uli Gellermann, Datum: 29.5.2023

Eine fette Überschrift der Tagesschau erzählt von der Türkei: Dort gäbe es im Wahlkampf laut irgendwelcher Experten «Falsche Videos und die Macht der Medien». Vor allem aber erzählt ein Pascal Siggelkow, dass «nahezu alle reichweitenstarken Medien im Land auf eine Linie gebracht waren». Das ist jener Siggelkow, der schon mal gemeinsam mit einem regierungsnahen Thinktank versucht hat, die Journalistin Alina Lipp als von Putin finanziert zu diffamieren. Warum? Weil sie zum Ukrainekrieg eine oppositionelle Meinung vertrat.

Löschen alternativer Meinungen bei YouTube

Falsche Videos von «reichweitenstarken Medien» gibt es in Deutschland eher selten. Stattdessen kümmert man sich um das Löschen alternativer Video-Meinungen bei YouTube: Wenn der Google-Konzern, zu dem YouTube gehört, gelöscht hat, ist es schwer den politischen Urheber auszumachen. Aber mit der Anpassung von YouTube an die Mehrheitsmedien ist ein letztes Schlupfloch für abweichende Meinungen geschlossen worden.

Offene wissenschaftliche Debatte?

Ein Klassiker für die Ausgrenzung und Diffamierung anderer Meinungen ist der Professor für Medizinische Mikrobiologie, Sucharit Bhakdi. Der Wissenschaftler hatte und hat in Virusfragen eine begründete alternative Position. Glaubte man der Regierung und ihren angeschlossenen Massenmedien, war in der Coronafrage Gefahr im Verzug: Man hätte also dringend eine offene wissenschaftliche Debatte gebraucht.

Sucharit Bhakdi gelöscht

Statt mit Menschen wie Sucharit Bhakdi den offenen, demokratischen Dialog zu führen, wurden und werden Bhakdis Videos gelöscht. Statt zu diskutieren, wurde und wird diffamiert; man hat ihn öffentlich in die Ecke der Antisemiten geschoben. Das ist in Deutschland nicht weit von der Existenzvernichtung entfernt. Jüngst hat ein ordentliches Gericht den klugen Professor vom ekligen Vorwurf des Antisemitismus freigesprochen.

Antisemitismus-Vorwurf vom Einfluss-Agenten

Der Freispruch hinderte das Regierungsorgan Tagesschau nicht daran, den baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume als Einfluss-Agenten zu zitieren: Der sähe das Urteil und seine Begründung als einen Rückschlag im Kampf gegen Antisemitismus und «Verschwörungsunternehmen». So wird die Hetze medial fortgesetzt. Was schert die ARD schon ein juristisches Urteil?

Sascha Lobo von der Leine

Die hasserfüllte SPD-Frau Eskens hat in der Viruskampagne das Wort vom «Covidioten» erfunden, um andere Meinungen verächtlich zu machen und die Wahrheitsfindung zu verhindern. Als die tapferen, friedensbewegten Frauen Schwarzer und Wagenknecht eine von der Mehrheit abweichende Meinung zum Ukraine-Krieg äusserten, liess der SPIEGEL seinen berufsjugendlichen Sascha Lobo von der Leine, der den Begriff vom «Lumpenpazifismus» in die Welt setzte.

Vom Lumpenpazifismus zum Lumpenpack

Da der «Lumpenpazifismus» so schön in der sprachlichen Nähe des «Lumpenpack» liegt, wurde der Ausdruck gern und häufig gegen abweichende Meinungen eingesetzt, um die Opposition mundtot zu machen, damit nur ja kein offener Diskurs über die Rolle der NATO in und um die Ukraine entstehen konnte.

Weitgehende Übereinstimmung als Zufall?

Wer die Positionen der «reichweitenstarken Medien im Land» zur Viruskampagne und zum Ukraine-Krieg vergleicht, wird eine weitgehende Übereinstimmung feststellen: Von A wie ARD bis Z wie ZEIT – man ist sich in hohem Masse einig. Das soll Zufall sein? Ausgerechnet bei Themen, die erst im Meinungsstreit an inhaltlicher Klarheit gewinnen?

Im türkischen Parlament echte Opposition

Es wäre ungerecht, wenn man den deutschen politischen Diskurs als «türkisch» diffamieren würde. Immerhin gibt es im türkischen Parlament eine kurdische Partei: Die linke Demokratische Partei der Völker, auf kurdisch: Partiya Demokratîk a Gelan. Das ist mehr an fundamentaler Opposition, als der Bundestag aufweisen kann. Eine demokratische Opposition, die auch über eigene Medien verfügt.

Splitter im Auge der Türkei

Zwar kann die Tagesschau den Splitter im Auge der Türkei gut erkennen, den Balken im eigenen will sie nicht sehen: Es würde ja ihre subalterne Rolle entlarven, wo kämen wir denn da hin? Womöglich in die Nähe demokratischer Verhältnisse.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/macht-der-videos-und-medien>

So trifft der Schweizer Aussenminister den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg – und die Medien schweigen

Autor: Christian Müller, 29. Mai 2023



Ignazio Cassis, Schweizer Aussenminister, kann locker plaudern, aber auch verbissen schweigen, zum Beispiel zu seiner Teilnahme an der diesjährigen Bilderberg-Konferenz in Lissabon. (Foto Christian Müller)

Man kennt die Organisation – dem Namen nach: Bilderberg. An den Meetings von Bilderberg treffen die massgebenden Vertreter der internationalen Hochfinanz, der westlichen Aussenpolitik, des westlichen Militärs und der grossen westlichen Medienkonzerne ihre Gesinnungsgenossen und Mit-Interessenten aus anderen westlichen Ländern – zu Diskussionen und, vermutlich, auch zu Beschlüssen. Man weiss es nicht, denn alles findet streng geheim statt.

Das diesjährige Jahresmeeting hat vom 18. bis 21. Mai in Portugals Hauptstadt Lissabon stattgefunden. Bekanntgegeben wurde nur eines: Die Teilnehmerliste. Doch diese ist einmal mehr hochinteressant. Teilgenommen haben unter anderem trotz seinem damals unmittelbar bevorstehenden 100. Geburtstag Henry Kissinger, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der US-Army-General Christopher Cavoli, der EU-Aussenverantwortliche Josep Borell, die EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, der polnische Scharfmacher Radoslaw Sikorski, ebenfalls EU-Parlamentsmitglied, der nach der Sprengung von Nord Stream II «Thank you, USA!» twitterte, und seine Gemahlin, die US-Publizistin Anne Applebaum, die Ministerpräsidenten von Dänemark Mette Frederiksen und den Niederlanden Mark Rütte, die sich für die schnelle Lieferung von Kampffjets an die Ukraine engagieren, aus dem Medienbereich Mathias Döpfner, oberster Chef und

Grossaktionär des Axel Springer Medien-Konzerns, Zanny Minton Beddoes, die Chefredakteurin des «The Economist» und ihr Kollege Shashank Joshi, Gideon Rachman, Ausland-Chefkommentator der «The Financial Times», John Micklethwait, Chefredakteur von Bloomberg LP, und, und, und.

Überraschungen? Ja, schon – oder eben auch nicht. Eingeladen und anwesend war diesmal nämlich auch der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba. Da ist einsehbar, wer da wem die Hand reichen will und soll. Und ein Erstling war auch aus der Schweiz dabei: Der Schweizer Aussenminister, Bundesrat Ignazio Cassis. Hat man darüber in den Schweizer Medien lesen können? Natürlich nicht – mit Ausnahme der «Weltwoche». Es könnte ja einige Leute irritieren, dass ein Schweizer Regierungsmitglied an einem solchen internationalen Treffen teilnimmt, über deren Diskussionen und Beschlüsse prinzipiell nichts bekanntgegeben wird. Aber auch Ueli Maurer war da schon mal dabei und aus der Medienwelt Michael Ringier und auch Pietro Supino, der Boss des Medienkonzerns TX Group.

In einer offiziellen Anfrage eines österreichischen Abgeordneten an den österreichischen Bundesminister für europäische und internationalen Angelegenheiten wird deshalb auch die Schweizer «Weltwoche» zitiert: «Weltwoche-Chefredaktor Roger Köppel hat in seinem Podcast in Richtung Cassis die Worte adressiert: «Welches Bild der Schweiz vermitteln Sie an so einer Bilderberg-Konferenz? Sind Sie da einfach der willige Befehlsempfänger, oder (...) abnickend notiert, wie er die Neutralität in der Schweiz weiter beerdigen kann, (...) oder hat Ignazio Cassis den Mut, mit tessinischem Charme, diesen Bilderberg-Gottesdienst zu stören?» Fragen dieser Art müssten Journalisten zwingend stellen. Stattdessen: Schweigen!»

Zur offiziellen Anfrage des österreichischen Abgeordneten Michael Schmedlitz mit neun konkreten Fragen hier anlicken.

Die Liste der Teilnehmer an der diesjährigen Jahresversammlung der Bilderberger sei hier schon mal einsehbar. So kann jeder Leser und kann jede Leserin selber sehen, welche Vertreter der westlichen Politik, Militär-, Finanz- und Medien-«Elite» sich da in Lissabon versammelt haben:

Abrams, Stacey (USA), CEO, Sage Works Production
 Achleitner, Paul M. (DEU), Chair, Global Advisory Board, Deutsche Bank AG
 Agrawal, Ajay (CAN), Professor of Economics, University of Toronto
 Albares, José Manuel (ESP), Minister of Foreign Affairs
 Altman, Sam (USA), CEO, OpenAI
 Alverà, Marco (ITA), Co-Founder, zhero.net; CEO TES
 Andersson, Magdalena (SWE), Leader, Social Democratic Party
 Applebaum, Anne (USA), Staff Writer, The Atlantic
 Arnaut, José Luís (PRT), Managing Partner, CMS Rui Pena & Arnaut
 Attal, Gabriel (FRA), Minister for Public Accounts
 Balsemão, Francisco Pinto (PRT), Chair, Impresa Group
 Barbizet, Patricia (FRA), Chair and CEO, Temaris & Associés SAS
 Barroso, José Manuel (PRT), Chair, International Advisors, Goldman Sachs
 Baudson, Valérie (FRA), CEO, Amundi SA
 Beaune, Clément (FRA), Minister for Transport
 Benson, Sally (USA), Professor of Energy Science and Engineering, Stanford University
 Beurden, Ben van (NLD), Special Advisor to the Board, Shell plc
 Borg, Anna (SWE), President and CEO, Vattenfall AB
 Borrell, Josep (INT), Vice President, European Commission
 Botín, Ana P. (ESP), Group Executive Chair, Banco Santander SA
 Bourla, Albert (USA), Chair and CEO, Pfizer Inc.
 Braathen, Kjerstin (NOR), CEO, DNB ASA
 Brende, Børge (NOR), President, World Economic Forum
 Brink, Dolf van den (NLD), CEO, Heineken NV
 Brudermüller, Martin (DEU), CEO, BASF SE
 Buberl, Thomas (FRA), CEO, AXA SA
 Byrne, Thomas (IRL), Minister for Sport and Physical Education
 Carney, Mark (CAN), Vice Chair, Brookfield Asset Management
 Cassis, Ignazio (CHE), Federal Councillor, Federal Department of Foreign Affairs
 Castries, Henri de (FRA), President, Institut Montaigne
 Cavoli, Christopher (INT), Supreme Allied Commander Europe
 Ceylan, Mehmet Fatih (TUR), President, Ankara Policy Center
 Chhabra, Tarun (USA), Senior Director for Technology and National Security, National Security Council
 Creuheras, José (ESP), Chair, Grupo Planeta and Atresmedia
 Debackere, Koenraad (BEL), Chair, KBC Group NV
 Deese, Brian (USA), Former Director, National Economic Council
 Donohoe, Paschal (INT), President, Eurogroup

Döpfner, Mathias (DEU), Chair and CEO, Axel Springer SE
 Easterly, Jen (USA), Director, Cybersecurity and Infrastructure Security Agency
 Economy, Elizabeth (USA), Senior Advisor for China, Department of Commerce
 Ehrnrooth, Henrik (FIN), Chair, Otava Group
 Émié, Bernard (FRA), Director General for External Security, Ministry of the Armed Forces
 Empoli, Giuliano da (ITA), Political Scientist and Writer, Sciences Po
 Entrecanales, José M. (ESP), Chair and CEO, Acciona SA
 Eriksen, Øyvind (NOR), President and CEO, Aker ASA
 Ferguson, Niall (USA), Milbank Family Senior Fellow, Stanford University
 Fleming, Jeremy (GBR), Former Director, GCHQ
 Frederiksen, Mette (DNK), Prime Minister
 Freeland, Chrystia (CAN), Deputy Prime Minister
 Garijo, Bélen (DEU), Chair and CEO, Merck KGaA
 Gentiloni, Paolo (INT), Commissioner for Economy, European Commission
 Gonzáles Pons, Esteban (ESP), Vice Chair, European People's Party
 Gosset-Grainville, Antoine (FRA), Chair, AXA
 Goulimis, Nicky (GRC), Board Member and Co-Founder, Nova Credit Inc.
 Griffin, Kenneth (USA), Founder and CEO, Citadel LLC
 Gruber, Lilli (ITA), Anchor, La7 TV
 Gürkaynak, Refet (TUR), Professor of Economics, Bilkent University
 Haines, Avril D. (USA), Director of National Intelligence
 Halberstadt, Victor (NLD), Professor of Economics, Leiden University
 Hassabis, Demis (GBR), CEO, DeepMind
 Hedegaard, Connie (DNK), Chair, KR Foundation
 Hofreiter, Anton (DEU), MP; Chair Committee on European Affairs
 Holzen, Madeleine von (CHE), Editor-in-Chief, Le Temps
 Jensen, Kristian (DNK), CEO, Green Power Denmark
 Joshi, Shashank (GBR), Defence Editor, The Economist
 Kaag, Sigrid (NLD), Minister of Finance; Deputy Prime Minister
 Karp, Alex (USA), CEO, Palantir Technologies Inc.
 Kasparov, Garry (USA), Chair, Renew Democracy Initiative
 Kieli, Kasia (POL), President and Managing Director, Warner Bros. Discovery Poland
 Kissinger, Henry A. (USA), Chairman, Kissinger Associates Inc.
 Koç, Ömer (TUR), Chair, Koç Holding AS
 Kolesnikov, Andrei (INT), Senior Fellow, Carnegie Endowment for International Peace
 Kostrzewa, Wojciech (POL), President, Polish Business Roundtable
 Kotkin, Stephen (USA), Senior Fellow, Hoover Institution, Stanford University
 Kravis, Henry R. (USA), Co-Chairman, KKR & Co. Inc.
 Kravis, Marie-Josée (USA), Chair, The Museum of Modern Art
 Kudelski, André (CHE), Chair and CEO, Kudelski Group SA
 Kuleba, Dmytro (UKR), Minister of Foreign Affairs
 Lammy, David (GBR), Shadow Secretary of State for Foreign Affairs, House of Commons
 Leysen, Thomas (BEL), Chair, Umicore and Mediahuis; Chair DSM-Firmenich AG
 Liikanen, Erkki (FIN), Chair, IFRS Foundation Trustees
 Looney, Bernard (GBR), CEO, BP plc
 Marin, Sanna (FIN), Prime Minister
 Metsola, Roberta (INT), President, European Parliament
 Micklethwait, John (USA), Editor-in-Chief, Bloomberg LP
 Minton Beddoes, Zanny (GBR), Editor-in-Chief, The Economist
 Moreira, Duarte (PRT), Co-Founder and Managing Partner, Zeno Partners
 Moyo, Dambisa (GBR), Global Economist; Member, House of Lords
 Mundie, Craig J. (USA), President, Mundie & Associates LLC
 Nadella, Satya (USA), CEO, Microsoft Corporation
 O'Leary, Michael (IRL), Group CEO, Ryanair Group
 Orida, Deborah (CAN), President and CEO, PSP Investments
 Özel, Soli (TUR), Professor, Kadir Has University
 Papalexopoulos, Dimitri (GRC), Chair, TITAN Cement Group; Treasurer Bilderberg Meetings
 Philippe, Édouard (FRA), Mayor, Le Havre
 Pottinger, Matthew (USA), Distinguished Visiting Fellow, Hoover Institution
 Pouyanné, Patrick (FRA), Chair and CEO, TotalEnergies SE
 Rachman, Gideon (GBR), Chief Foreign Affairs Commentator, The Financial Times

Rappard, Rolly van (NLD), Co-Founder and Co-Chair, CVC Capital Partners
 Reynders, Didier (INT), European Commissioner for Justice
 Röttgen, Norbert (DEU), MP, German Bundestag
 Rutte, Mark (NLD), Prime Minister
 Salomon, Martina (AUT), Editor-in-Chief, Kurier
 Sawers, John (GBR), Executive Chair, Newbridge Advisory Ltd.
 Schadow, Nadia (USA), Senior Fellow, Hudson Institute
 Schallenberg, Alexander (AUT), Minister for European and International Affairs
 Schmidt, Eric E. (USA), Former CEO and Chair, Google LLC
 Schmidt, Wolfgang (DEU), Head of the Chancellery, Federal Minister for Special Tasks
 Sebastião, Nuno (PRT), Chair and CEO, Feedzai
 Sikorski, Radosław (POL), MEP, European Parliament
 Silva, Filipe (PRT), CEO, Galp
 Stilwell de Andrade, Miguel (PRT), CEO, EDP
 Stoltenberg, Jens (INT), Secretary General, NATO
 Subramanian, Arvind (INT), Senior Fellow in International and Public Affairs, Brown University
 Tellis, Ashley J. (USA), Tata Chair for Strategic Affairs, Carnegie Endowment
 Thiel, Peter (USA), President, Thiel Capital LLC
 Tsu, Jing (USA), Professor of East Asian Languages and Literatures, Yale University
 Tugendhat, Tom (GBR), Minister of State for Security
 Vadera, Shriti (GBR), Chair, Prudential plc
 Vassilakis, Eftichios (GRC), Chair, Aegean Group
 Waldron, John (USA), President and COO, The Goldman Sachs Group, Inc.
 Wallenberg, Marcus (SWE), Chair, Skandinaviska Enskilda Banken AB
 Wennink, Peter (NLD), President and CEO, ASML Holding NV
 Wright, Thomas (USA), Senior Director for Strategic Planning, National Security Council
 Yang, Yuan (GBR), Europe-China Correspondent, Financial Times
 Yergin, Daniel (USA), Vice Chair, S&P Global
 Yinanç, Barçın (TUR), Journalist, T24 News Website
Quelle: <https://globalbridge.ch/so-trifft-der-schweizer-aussenminister-den-nato-generalsekretaer-jens-stoltenberg-und-die-medien-schweigen/>

Alarmierende Übersterblichkeit 2021 und 2022 in Deutschland

Hwludwig, Veröffentlicht am 29. Mai 2023

Der folgende Artikel von Prof. Kuhbandners berichtet von einer Studie, welche die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Sterblichkeit untersucht hat. Dabei wurden diese nicht einfach anhand der offiziell gemeldeten Covid-19-Todesfälle abgeschätzt, da ja nicht unterschieden wird, ob jemand mit oder an COVID-19 gestorben ist. So zeigt eine Studie in Dänemark z.B., dass 2022 etwa 70% der gemeldeten COVID-19-Todesfälle nicht durch eine Corona-Infektion verursacht wurden. – Deshalb wurde die Zahl der gesamten Todesfälle unabhängig von den Ursachen mit der Zahl der Todesfälle verglichen, die ohne Pandemie zu erwarten gewesen wäre. Damit wurden auch indirekte negative Auswirkungen der Corona-Massnahmen auf die Sterblichkeit wie die der mRNA-Spritzen erfasst.

Von Prof. Dr. Christof Kuhbandner



Bild Uni Regensburg

Der Fachartikel zur Übersterblichkeit in Deutschland von Matthias Reitzner und mir ist nun endlich peer-reviewed – begutachtet von insgesamt sieben Reviewern –* in einer internationalen medizinischen Fachzeitschrift erschienen:

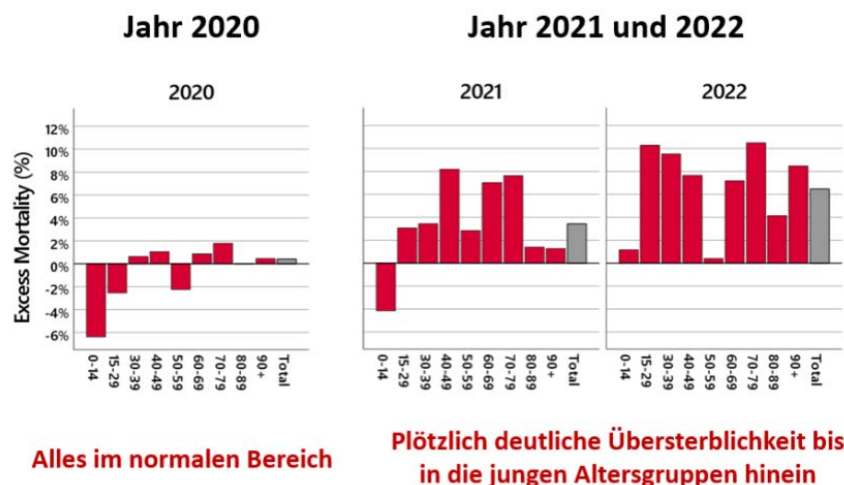
<https://www.cureus.com/articles/149410-estimation-of-excess-mortality-in-germany-during-2020-2022>

Damit kann man auf der Basis eines peer-reviewed Fachartikels folgende Punkte als belegt ansehen:

(1) Jahresweise Betrachtung

Jahresweise betrachtet gab es 2020 keine auffällige Übersterblichkeit, die Anzahl der unerwarteten Todesfälle liegt im Bereich der üblichen Schwankungsbreite. Im Jahr 2021 zeigt sich mit 34'000 Todesfällen mehr als statistisch erwartet eine deutliche Übersterblichkeit, die zwei Standardabweichungen über dem erwarteten Wert liegt. Im Jahr 2022 zeigt sich mit 66'000 Todesfällen mehr als erwartet eine extreme Übersterblichkeit, die mehr als vier Standard-Abweichungen über dem erwarteten Wert liegt.

Während es im Jahr 2020 – dem Jahr des Beginns der Pandemie – also keine auffällige Übersterblichkeit gab, sind in den Jahren 2021 und 2022 zusammengekommen in etwa 100'000 Menschen mehr verstorben als es üblicherweise der Fall ist. Die Übersterblichkeit in den Jahren 2021 und 2022 ist insbesondere in den jüngeren Altersgruppen zu finden. Im Jahr 2022 sind in der Altersgruppe der 15–29-Jährigen 10,5 Prozent mehr Menschen als erwartet verstorben und in der Altersgruppe der 30–39-Jährigen 9,7 Prozent mehr als erwartet. Hier ist die entsprechende Ergebnisgrafik aus unserem Artikel (ergänzt um eine Darstellung des Befundmusters):



(2) Monatsweise Betrachtung

Eine monatsweise Betrachtung zeigt, dass es zum Jahreswechsel 2020/2021 eine Übersterblichkeit gab, die altersabhängig war und insbesondere die höheren Altersgruppen betraf, und die in den nachfolgenden Monaten Februar und März durch eine nachfolgende Untersterblichkeit zum Teil wieder ausgeglichen wurde. Es handelte sich also schwerpunktmässig um Vorzieheffekte, welche dazu geführt haben, dass vulnerable Personen, die normalerweise im Februar und März verstorben wären, etwas frühzeitig verstorben sind. Ab April 2021 – dem Beginn der Impfkampagne – ändert sich dieses Muster grundlegend: Plötzlich zeigt sich eine Übersterblichkeit bis in die jüngsten Altersgruppen hinein, welche nicht mehr durch nachfolgende Phasen der Untersterblichkeit ausgeglichen wird, sondern stattdessen zunehmend stärker wird. Ein genauerer Blick zeigt weiterhin, dass die Übersterblichkeit umso später auftaucht, je jünger die Altersgruppe ist, was dem zeitlichen Verlauf bei den Impfungen entspricht. (...)

In der Altersgruppe 15–29, welche von Corona praktisch nicht betroffen war, sieht man den frappierenden zeitlichen Verlauf der Übersterblichkeit wie in einem Brennglas.

(3) Totgeburten

In unserem Artikel wird meines Wissens auch zum ersten Mal die Zunahme der Totgeburten untersucht. Auch dort zeigt sich ein erschreckendes Muster. Verglichen mit den Vorjahren zeigt sich im zweiten Quartal 2021 bei der Rate der Totgeburten pro Gesamtanzahl aller Geburten ein Anstieg von 9,4 Prozent und im vierten Quartal ein Anstieg von 19,4 Prozent, was verglichen mit der Schwankungsbreite in den Vorjahren einem Anstieg um vier Standardabweichungen entspricht. Dieses Anstiegsmuster – ein erster kleinerer Anstieg im zweiten Quartal und ein stärkerer Anstieg im vierten Quartal 2021 – stimmt zeitlich überein mit den öffentlichen Empfehlungen zur Impfung während der Schwangerschaft. Bereits im zweiten Quartal 2021 wurde von den deutschen gynäkologischen Fachgesellschaften eine COVID-Impfung für alle Schwangeren empfohlen, obwohl die STIKO noch keine solche Empfehlung ausgesprochen hatte (<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/covid-19-impfempfehlung-fuer-alle-schwangeren-125392/>).

Von der STIKO wurde dann Mitte September 2021 – also kurz vor Beginn des vierten Quartals – eine explizite Empfehlung einer Impfung für alle bisher nicht oder unvollständig geimpften Schwangeren ab dem 2. Schwangerschaftsdrittel ausgesprochen. Besorgniserregend ist, dass die Totgeburtenrate auch im Jahr 2022 deutlich erhöht ist. (...)

(4) Zeitlicher Zusammenhang mit den COVID-19-Todesfällen und den COVID-Impfungen

In der Diskussion im Artikel haben wir uns dann noch die zeitlichen Zusammenhänge mit den COVID-Todesfällen und den Impfungen angesehen. In Bezug auf die COVID-Todesfälle zeigt sich, dass die Übersterblichkeit seit Beginn der Impfkampagne nicht mit dem Verlauf der COVID-Todesfälle erklärt werden kann. Ab Februar 2021 entkoppelt sich die Kurve der Übersterblichkeit von der Kurve der COVID-Todesfälle. Trotz einer Phase einer erheblichen Untersterblichkeit wird weiterhin eine hohe Zahl sogenannter «COVID-Todesfälle» gemeldet, was grosse Zweifel an der Validität der Diagnose «COVID-Todesfall» aufkommen lässt. Offenbar wurde diese Diagnose häufig für Todesfälle verwendet, die unabhängig von «COVID» verstorben sind. Ab September 2021 ist die Übersterblichkeit höher als die Zahl der COVID-Todesfälle, und im Jahr 2022 explodiert schliesslich die Übersterblichkeit, während die Zahl der COVID-Todesfälle zunehmend zurückging. (...) Beim zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen zeigt sich ein völlig anderes Bild. Betrachtet man zunächst den kumulativen Verlauf der Anzahl der unerwarteten Todesfälle und der Impfungen – also die Anzahl der unerwarteten Todesfälle und Impfungen über die Monate hinweg aufsummiert – zeigt sich folgendes Bild: (...)

(Diese Graphik und alle anderen, auf die in den oben in Klammern gesetzten Auslassungen jeweils Bezug genommen wird, sind hier einsehbar (hl): <https://kinderrechtejetzt.de/uebersterblichkeitsartikel-peer-reviewed/>)

Trotz der Tatsache, dass ein Grossteil insbesondere der in Bezug auf die Krankheitsschwere von COVID besonders betroffenen Personen zweifach bzw. dreifach geimpft war, zeigt sich kein relevanter Effekt auf die Übersterblichkeit. Stattdessen steigt die Übersterblichkeit im Jahr 2022 sogar deutlich stärker an als in den Vorjahren. Allein diese Grafik lässt die Behauptung, die Impfungen hätten sehr viele Todesfälle verhindert, absurd erscheinen. Vielmehr bekommt man insbesondere hinsichtlich der langfristigen Effekte den gegenteiligen Eindruck.

Eine genauere Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Impfungen und der Übersterblichkeit pro Monat ergibt folgendes Bild (s. Grafik).

Anders als im Vorjahr war in den Monaten mit einer hohen Zahl an Erst-, Zweit- und Drittimpfungen auch eine hohe Zahl an unerwarteten Todesfällen zu beobachten. Besonders ausgeprägt ist der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Impfverlauf und der Übersterblichkeit bei der dritten Impfung. Im September und Oktober 2021 ging mit dem zunächst geringen Anstieg der Zahl der Drittimpfungen ein vergleichsweise geringer Anstieg der Übertodesfälle einher. Im November und Dezember 2021 stieg die Zahl der Drittimpfungen stark an, was mit einem vergleichsweise starken Anstieg der unerwarteten Todesfälle einherging. Im Januar 2022 ging die Zahl der Drittimpfungen stark zurück, was wiederum mit einem vergleichsweise starken Rückgang der Übersterblichkeit einherging. Natürlich muss Korrelation nicht Kausalität bedeuten. Aber genau ein solches Muster wäre zu erwarten, wenn die Impfung als unerwünschte Nebenwirkung die Anzahl der unerwarteten Todesfälle erhöhen würde.

Ich denke, dass unser Artikel wirklich starke Argumente liefert, die nun nicht mehr mit dem «Argument», das sei nicht peer-reviewed, weggewischt werden können.

** Peer-Review-Verfahren:*

Bewertung einer wissenschaftlichen Arbeit durch unabhängige Gutachter, Wissenschaftler desselben Fachgebiets, sog. „Peers“ (engl. für „Ebenbürtige; Gleichrangige“).

Das Peer-Review-Verfahren ist das gängigste Verfahren der Qualitätsprüfung vor Veröffentlichung von Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften. Umgekehrt gilt die Anwendung des Peer-Review-Verfahrens ihrerseits als wichtiger Faktor bei der Einschätzung der Bedeutung einer wissenschaftlichen Zeitschrift.

<https://www.ub.hu-berlin.de/de/bibliotheksglossar/peer-review-verfahren>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/29/alarmierende-ubersterblichkeit-2021-und-2022-in-deutschland/>

So plädiert der professionelle Christ für mehr Waffen und mehr Krieg!

Autor: Christian Müller, 28. Mai 2023

(Red.) Joachim Gauck, studierter Theologe und seinerzeit praktizierender Pastor der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in Lüssow und in Rostock-Evershagen, von mehreren Universitäten mit dem Ehrendoktor ausgezeichnet und mit den verschiedensten Preisen nachgerade überschüttet, schliesslich von 2012 bis 2017 deutscher Bundespräsident, hat einmal mehr ein Buch geschrieben: «Erschütterungen». – Aus aktuellem Anlass eine kritische Rezension.

Es sei gleich eingangs gestanden: Ich habe in der Neuen Zürcher Zeitung NZZ vom 26. Mai eine Rezension des neuen Buches von Joachim Gauck und seiner Mitautorin Helga Hirsch gelesen: Eine uneingeschränkte Laudatio! Autor der extrem positiven Rezension war Josef Joffe, ehemaliger und wohl nicht ganz freiwillig zurückgetretener Herausgeber der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit». Das machte mich gleichzeitig neugierig und skeptisch, denn Josef Joffe ist jener äusserst prominente deutsche Medien-Mann, der schon seit Jahren für eine stärkere Militarisierung Deutschlands plädiert und an der Münchner Sicherheitskonferenz

2007 nach der höchst bemerkenswerten Rede Wladimir Putins als erster – gewollt provozierender! – Fragesteller, wie Horst Teltschik, der damalige Chef dieser Konferenz in seinem Buch «Russisches Roulette» auf Seite 167ff berichtet, die anschließende mediale Kritik und Verurteilung Putins und Russlands einleitete. (Josef Joffes Plädoyer für mehr Aufrüstung Deutschlands auf der Frontseite der «Zeit» vom 20. Februar 2020 war für mich, Christian Müller, denn auch der Grund, «Die Zeit», die ich seit Jahrzehnten abonniert hatte, definitiv abzubestellen, wie ich es damals auch öffentlich begründete.) Also her mit dem Buch von Gauck und hinein in die aktuelle Thematik!



Joachim Gauck, ein Bild aus dem Jahr 2014 (Foto <https://hpd.de/node/18832>)

Das neue Buch von Joachim Gauck mit dem Titel «Erschütterungen» ist denn auch in der Tat selbst erschütternd. Der christliche Pastor Gauck schreibt seitenlang, wie die deutsche Friedensbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg ein Fehler war und wie es jetzt nur einen richtigen Weg gebe: Der Ukraine so viel und so schnell und so moderne Waffen wie nur möglich zu liefern, um Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen. Aus dem christlichen Pastor ist ein kriegsgeiler Machtpolitiker geworden. Nicht zufällig ist Gauck ja auch Mitglied des Vereins «Atlantik-Brücke», die sich für eine enge Verbindung zwischen Deutschland und den USA einsetzt.

Ein Paar Zitate aus dem Buch:

«Der Westen sollte sich ehrlich machen. Wenn wir einen Sieg der Ukraine ermöglichen wollen, müssen wir in ganz anderer Weise als bisher zu Waffenlieferungen bereit sein.» (Seite 133)

«Wer jetzt für einen Waffenstillstand in einer teilweise besetzten Ukraine plädiert, begünstigt gewollt oder ungewollt die Seite Putins.» (Seite 132)

«Die Rede von Olaf Scholz am 27. Februar war die wohl einschneidendste Korrektur in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit Jahrzehnten. Scholz verkündete ein Sonderprogramm von 100 Milliarden Euro für den Aufbau einer leistungsfähigen Bundeswehr, versprach, künftig auch in Deutschland die Zwei-Prozent-Marke für Verteidigungsausgaben einzuhalten, und stellte die Beschaffung von Kampfdrohnen und -flugzeugen für die Bundeswehr in Aussicht.» (Seite 111)

Und zur Rede von Olaf Scholz: «Ein Erkenntnisgewinn und ein politischer Kurswechsel, den ich nicht erwartet hatte und den ich ohne Wenn und Aber befürworten kann. Es war die Verabschiedung von einem Russlandbild, das überwiegend von Wunschdenken geprägt und das in weiten Teilen Deutschlands verbreitet war.» (Seite 111)

«Ich möchte mir nicht ein Deutschland vorstellen, das ohne nuklearen Schutzschild der USA auskommen muss.» (Seite 118)

«Wer erfolgreich verhandeln will, darf dies nicht aus einer Position der Schwäche heraus tun.» (Seite 134)

«So ist es angesichts des gegenwärtigen Angriffskrieges eine bittere, aber unumstößliche Wahrheit: Je schneller und je mehr Waffen der Westen liefert, umso eher lassen sich dem Aggressor seine Möglichkeiten für weiteres aggressives Vorgehen nehmen, ein tragbarer Frieden mit einer souveränen Ukraine finden und die Sicherheit Europas gewährleisten.» (Seite 218)

Und zum Verhalten der deutschen Regierung schreibt Joachim Gauck fünf Seiten vor dem Ende seines Buches: «Wenn Menschen erfahren, welche Entscheidungen warum getroffen wurden und was auf sie zukommt, entsteht Vertrauen, das auch in schwierigen Zeiten trägt, wenn die Regierung Massnahmen ergreift, die nicht bei allen auf Zustimmung stossen. Entschlossene Führung ist in der liberalen Demokratie keine Gefahr, sondern ein Gebot.»

Das Wort «Führung» in diesem Satz lässt den geschichtsbewussten Leser nachgerade erschauern. Joachim Gauck ist Sohn von Eltern, die beide Mitglied der NSDAP waren. Auch sie hatten der damaligen «Führung» – oder damals eben dem «Führer» – vertraut.

Und damit zu einem letzten Punkt: Joachim Gauck versucht auch, den Sieg der Sowjetunion über die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zu relativieren. Auf Seite 133 zählt er auf, welche und wie viele Waffen die USA der Sowjetunion damals zur Unterstützung im Kampf gegen Hitler geliefert haben. Der – unausgesprochene – Schluss daraus: Die Waffen waren und sind auch heute entscheidend. Was sind schon Kriegsgeschehnisse, Soldaten und Zivilisten?

Ein zweites Geständnis meinerseits: Ich habe von den 217 Seiten Text des neuen Buches nur gut 150 gelesen. Es galt erneut, eine schlaflose Nacht zu vermeiden. Dieser christliche Pastor, der das grundlegende, das wichtigste christliche Gebot, den Frieden zu suchen, mit Füßen tritt, ist damals am 18. März 2012 von der deutschen Bundesversammlung im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit zum deutschen Bundespräsidenten gewählt worden. Würde das gleiche jetzt, nach diesem Buch, erneut geschehen, man wäre echt in Gefahr, antideutsche Gefühle zu entwickeln. So ein Buch kann eigentlich nur Machtmenschen wie Josef Joffe gefallen, der schon seit vielen Jahren für eine militärische Wiedererstarkung Deutschlands eintritt. Und allenfalls der NZZ-Redaktion, die ihrerseits nichts unterlässt, für mehr Waffen für die Ukraine und für mehr Hass auf Russland zu plädieren. Leitartikel auf der Frontseite der NZZ am Samstag, 6. Mai 2023: «Waffen statt Wunschdenken» (Zur Online-Ausgabe dieses NZZ-Leitartikels, der online allerdings eine andere Headline hat als der gedruckte Leitartikel auf der Frontseite der NZZ.)

Siehe dazu auch «Die Meinungseinfalt hat sich durchgesetzt» zu einem Gespräch mit Joachim Gauck auf Schweizer Radio SRF (von Helmut Scheben)

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-plaediert-der-professionelle-christ-fuer-mehr-waffen-und-mehr-krieg/>

RKI-Mitteilung über fehlende Impfwirksamkeit wurde vor Impfpflicht-Abstimmung verschwiegen

Hwludwig, Veröffentlicht am 27. Mai 2023

Vom 16. März bis 31. Dezember 2022 galt in Deutschland die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Bedienstete im Gesundheitswesen, und am 7. April 2022 sollte auf das fanatische Betreiben von Lauterbach und Komplizen im Bundestag die allgemeine Impfpflicht beschlossen werden mit der Behauptung, dass die Corona-«Impfstoffe» Infektionen und die Übertragung des Virus verhindern würden. Jetzt wurde eine E-Mail des RKI vom 23. März 2022 an das Bundesgesundheits-Ministerium bekannt, in dem dieses – also zwei Wochen vor der Abstimmung – darauf hingewiesen wurde, dass die Impfung «Infektion und Ausscheidung von SARS-CoV-2 nicht grundsätzlich verhindern» könne. Doch dies wurde den Abgeordneten und der Öffentlichkeit verschwiegen und weder die einrichtungsbezogene Impfpflicht, noch die Duldungspflicht der Bundeswehr-Soldaten gestoppt!

Die Mail aus dem sogenannten «Lagezentrum COVID-19» beim Robert-Koch-Institut (RKI) an das Bundesgesundheitsministerium erscheint auf den ersten Blick unverfänglich. Denn vordergründig ging es darin eigentlich nicht um die anstehende Entscheidung des Bundestages über die Impfpflicht, sondern um die Neufassung der damals gültigen Testverordnung (TestV), zu deren Entwurf aus dem Hause Lauterbachs das RKI seine Stellungnahme abgab. In diesem Zusammenhang fiel aber die Bemerkung über die Unwirksamkeit der «Impfung». Nachfolgend eine Analyse der MWGFD (hl):

RKI-Wissen wieder aufgetaucht

Was das Robert Koch Institut wusste ...

Vom Presseteam der MWGFD: Autorin Claudia Jaworski

«Wider besseres Wissen» heisst es inflationär in den Anklageschriften gegen massnahmenkritische Ärzte, die ihre Patienten vor den sogenannten Corona-«Schutzmassnahmen» bewahren wollten und dafür auf der Anklagebank sitzen. Dass sie gerade wegen besseren Wissens gehandelt haben, beweist nicht nur die inzwischen erdrückende wissenschaftliche Faktenlage und die Impfschäden entblössenden Datenbanken, sondern bestätigt nun auch eine RKI interne E-Mail. Spätestens jetzt sollte das Glaubensgebäude derer zusammenfallen, die bis dato an dem Schutzgott namens RKI verkrampft festhielten.

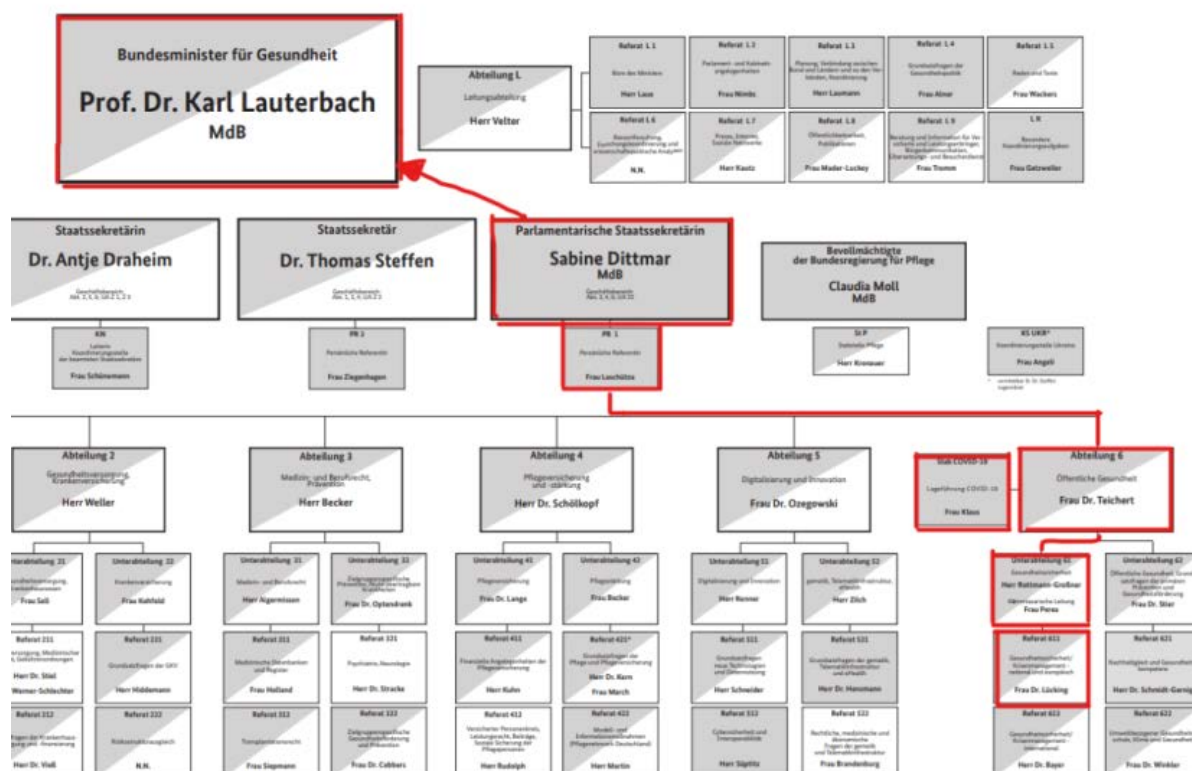
Am 8. Mai 2023 gelangte auf Anfrage eines Bürgers (Twittername «Fearlessly authentic») über das Portal für Bürgerinformation «FragdenStaat» eine E-Mail vom 23. März 2022 an die Öffentlichkeit, die vom RKI-Lagezentrum an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) gerichtet war (siehe Anhang unten). In dieser gab das RKI höchstpersönlich dem für Gesundheitssicherheit und Krisenmanagement zuständigen Referat 611 zu bedenken, dass die «Impfungen» weder vor Infektion noch vor Übertragung schützen. Das zwei Wochen vor der Abstimmung zur Einführung der Impfpflicht!

Im genauen Wortlaut der E-Mail, deren Echtheit Reitschuster gegenüber bestätigt wurde, heisst es:

«Zum übersandten Referentenentwurf für die Neufassung der Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (TestV) nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Hinblick auf die geplante Befristung des Anspruchs [...] geben wir zu bedenken, dass die Impfung eine Infektion und Ausscheidung von SARS-CoV-2 nach erfolgter Exposition nicht grundsätzlich verhindern kann.

Geben wir uns kurzzeitig naiv und gehen davon aus, dass die E-Mail bei der Informationsweitergabe auf Abwege geraten ist. Gemäss dem Organisationsplan des BGM sähe die Informationsweitergabe der adressierten Abteilung 6 für öffentliche Gesundheit wie folgt aus:



Wenn im Rahmen dieser weitangelegten Impfkampagne irgendwelche Informationen von aufklärerischem Wert stecken, dann scheint nun gewiss zu sein, dass diese nicht im Dienst der Öffentlichkeit stehen, sondern offenbar medizinischen Versuchen dienen. Der Nürnberger Kodex sieht es nämlich vor, dass Untersuchungen

gen zur empirischen Gewinnung von Information eine freiwillige Zustimmung der Versuchsperson erfordern und diese vor allem über diesen Versuch in Kenntnis gesetzt werden muss.

Jede Verweigerung der Aufarbeitung, die mit dieser öffentlich gewordenen E-mail erneut forciert wird, ist nur ein weiteres Indiz dafür, dass hier «List, Druck, Vortäuschung und irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges» zu Gange sind.

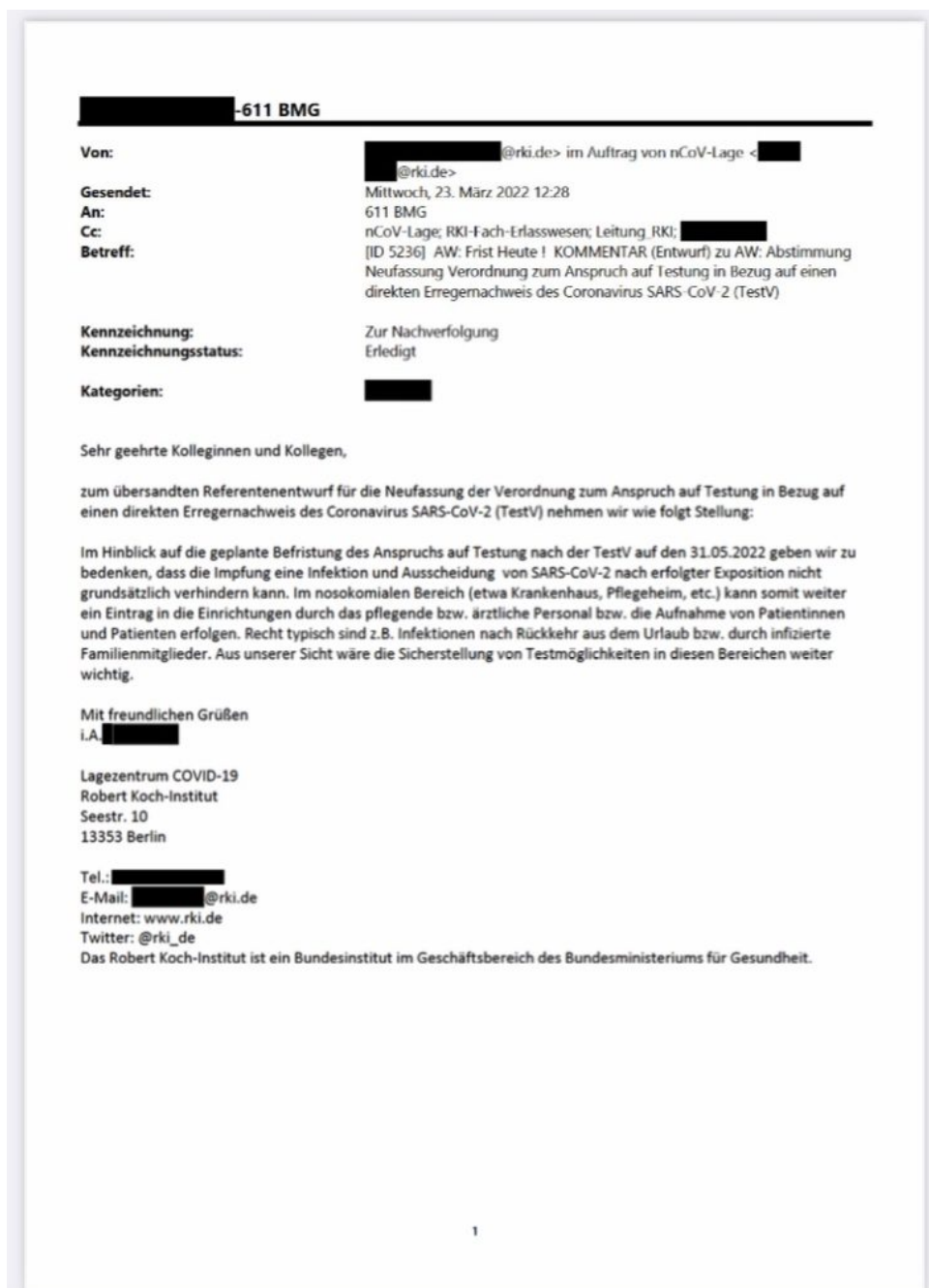
In unbeschreiblicher Arglist und Unverfrorenheit werden hier die ethischen Grundsätze ärztlichen Handels verletzt, die garantieren sollten, dass Menschen nie wieder gegen ihren Willen zu Versuchspersonen gemacht werden. Anders unser (Vice-)Bundeskanzler im Gespräch mit dem NRW-Lokalradio vom 8.9.21, wo er sagt:

«Wir waren ja alle die Versuchskaninchen für diejenigen, die bisher abgewartet haben. Deshalb sage ich als einer dieser 50 Millionen – es ist gut gegangen!»

Für jeden, der noch in der Lage ist, kausallogisch zu denken, zeigt sich hier in aller Deutlichkeit ein Offenbarungseid einer politischen Kaste, die sich nicht mal mehr die Mühe macht, die Heuchelei zu verstecken; so selbstverständlich sind Willkür und Machtmissbrauch geworden.

Augenblicklich müssten jetzt Strafverfahren wegen vorsätzlicher Körperverletzung eröffnet werden!

Fundstelle: <https://media.frag-den-staat.de/files/foi/778388/23-02-2023-aw-rki-220322-rki.pdf>



Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/27/rki-mitteilung-uber-fehlende-impfwirksamkeit-wurde-vor-impfpflicht-abstimmung-verschwiegen/>

Europa – der wirkliche idiot / Politisches Telegramm

Erstellt von Von Dr. Norbert van Handel, 125 Mai 2023

Der G7-Gipfel



Die glaublich stärksten Wirtschaftsnationen der Welt haben sich zum G7-Gipfel in Hiroshima versammelt. Hiroshima, wo die USA die erste Atombombe zündete (warum auch Nagasaki eine zweite Atombombe erleiden musste, ist aus humanitärer Sicht schwer verständlich).

Wir verstanden die G7 als Gruppe der «stärksten» Wirtschaftsmächte der Welt.

Mit Erstaunen nahmen wir zur Kenntnis, dass die Wirtschaft dort überhaupt keine Rolle spielte. Es ging lediglich darum im Auftrag der USA Russland zu schwächen, Sanktionen zu verteilen und China zu «reglementieren».

Also sind auch die G7, nicht anders als die Nato und die EU, Follower einer US-Politik, die bequem, ohne jedes Risiko, am Schreibtisch in Washington vollzogen werden soll.

In Reykjavik sprach sich der Europarat für ein so genanntes «Schadensregister» aus. Gemeint waren jene Schäden, die durch den Krieg zwischen der Ukraine und Russland entstanden waren.

Eine interessante Idee.



Wir fragen uns, ist ein solches Register auch geplant für jene Schäden, die George W. Bush im Irak, in Afghanistan oder Barack Obama in Libyen angerichtet hatten?

Wir meinen leider nicht, denn Gerechtigkeit ist kein Element des Völkerrechts. Es geht dabei nur um Machtpositionen die entsprechend umgesetzt werden.

Ein Thema in der österreichischen Politik war die Frage, ob Soldaten des österreichischen Bundesheeres sich in der Ukraine bei Entminungsaktionen beteiligen sollten. Die Verteidigungsministerin lehnte aus Neutralitätsgründen ab. Ebenso der Kanzler. Nur unser fröhlicher und ein bisschen greisenhafter Bundespräsident sprach sich dafür aus. Dazu hatte er zwar keine Kompetenz, aber das stört den alten Mann in der Hofburg wenig, der seine bescheidenen Wortspenden gern verbreitet.

Viele kritisieren, teilweise durchaus zurecht, dass die Russen auch Zivilobjekte in verschiedenen Städten der Ukraine zerstören. Wir bedauern dies sehr. Unabhängig davon dürfen wir darauf verweisen, dass die ersten, die einen Krieg gegen Zivilisten führten, die USA im amerikanischen Bürgerkrieg waren.

Der Todesmarsch von General Sherman von Atlanta an die Küste, zerstörte brutal jedes zivile Leben jeweils rechts und links 60 Meilen seiner Heeresstrasse komplett, gnadenlos und eine Wüste hinterlassend.

Von den Bombardierungen der Alliierten im zweiten Weltkrieg von Hamburg bis München und von Köln bis Dresden gar nicht zu reden.

Auch in Vietnam gehörte es zum System der US-Armee mit schon seit Jahrzehnten verbotenen Giftstoffen die Wälder zu entlauben und die Menschen in Vietnam dort überall zu töten wo man sie fand.

Diese Tradition führten die Amerikaner im übrigen in fast allen ihren folgenden Kriegen weiter.

Nachdem die Nato, EU und nun wahrscheinlich auch G7 und G20 Follower der US-Politik sind, fragt man sich, was die kleinen mitteleuropäischen Staaten eigentlich in der EU noch zu suchen haben?

Wenn der mehr als schillernde luxemburgische Aussenminister Asselborn, dessen Wichtigkeit in der EU gewaltig überschätzt wird, kürzlich meinte, dass, was immer die grossen EU-Länder beschliessen, jetzt auch die kleinen Länder folgen oder folgen müssten, muss ein rotes Licht aufleuchten.

Dies umso mehr, wenn Frau Baerbock, die schrullige Aussenministerin Deutschlands, meint, das Einstimmigkeitsprinzip müsste aufgelöst werden. Wenn dies der Fall ist und die Politik der kleinen Länder, insbesondere auch Österreich, nicht dagegen revoltieren, haben wir unsere traditionelle, christliche, kulturelle, tausendjährige Position in Europa verloren. Dann sind wir Kolonien der USA geworden.

Deutschland ist nicht mehr der sympathische «grosse Bruder», sondern eher ein Staat, der uns mit seiner destruktiven Haltung zu gesellschaftlichen Fragen, zu Klimafragen, zu Wirtschaftsfragen usw. infizieren könnte.

Gott bewahre uns davor!



Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/europa-der-wirkliche-idiot/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber**Größen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
 Hinterschmidrüti 1225
 8495 Schmidrüti
 Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
 www.figu.org
 Tel. 052 385 13 10
 Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
 Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
 IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

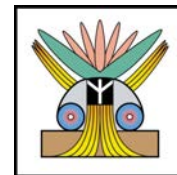


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz